

## Make the best of it

*Von Victor Schiff*

So wenig die durch den Weltkrieg aufgeworfenen Probleme sich auf einer Friedenskonferenz einigermaßen dauerhaft und befriedigend lösen ließen — bestimmt nicht in dem Geist und mit den Methoden von Versailles und St. Germain —, ebensowenig konnte man vernünftigerweise hoffen, daß die ganze Vergangenheit des Ruhrkampfes auf der einen Londoner Konferenz sich liquidieren lassen würde. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet ist das Endergebnis der Londoner Konferenz für Deutschland wirklich nicht so schlecht, wie es diejenigen hinstellen, die Interesse daran haben, es als eine schlimme Niederlage der Regierung Marx zu bezeichnen, besonders wenn man bedenkt, was in den allerletzten Stunden noch herausgeholt werden konnte. Deutschland hätte auch ohne die letzten abgerungenen Zugeständnisse die Londoner Vereinbarungen unterzeichnen müssen. Jede andere Politik wäre Selbstmord gewesen. Darüber, daß unsere Volkswirtschaft, besonders in den besetzten Gebieten, ein Scheitern der Londoner Konferenz nicht hätte ertragen können, waren sich hoffentlich unsere Delegierten auch dann im klaren, als sie mit der Abreise drohten. Es ist natürlich sehr zu begrüßen, daß ihr Widerstand in letzter Stunde noch einige Konzessionen an den deutschen Standpunkt bewirkt hat, aber heute kann man wohl sagen, daß auch ohne diese Vorteile der letzten Stunde eine Annahme des Dawes-Programms unvermeidlich war.

Ob es auch besser hätte kommen können? Hätten in Frankreich und Deutschland ausgesprochene Linksregierungen unter führender sozialdemokratischer Beteiligung gebildet werden können, unzweifelhaft wäre die Annäherung in London viel reibungsloser vollzogen worden, und die Liquidierung des Ruhrkampfes wäre eine viel gründlichere und schnellere gewesen. Wenn man bedenkt, daß es vielleicht an einem Haar gegangen hat, daß eine Bürgerblockregierung in Deutschland gebildet wurde, die sämtliche Fensterscheiben von Downing Street eingeschlagen hätte, dann können wir uns noch glücklich preisen, daß die deutschen Unterhändler Marx und Stresemann hießen.

Seit dem Regierungsantritt Herriots Mitte Juni haben wir immer wieder feststellen müssen, daß die poincaristische Gefahr noch keineswegs ganz beseitigt ist. Nachdem deutscherseits versäumt wurde, die Stellung Herriots zu stärken — zum Teil waren es Unterlassungssünden, vor allem aber verhinderte dies der blöd-

sinnige Ausgang unserer Reichstagswahlen —, war der Weg für eine deutsch-französische Verständigung nicht mehr frei. Das Gespenst des Poincarismus tauchte wieder auf und beherrschte von Anfang an die Londoner Konferenz. Es ist im letzten Stadium der Konferenz von deutscher Seite einmal der Einwand erhoben worden, der zwar an sich berechtigt ist, aber den internationalen Gepflogenheiten widerspricht, daß man zwar in Herriots guten Willen Vertrauen habe, aber nicht wisse, ob er noch in einem Jahre am Ruder sein werde. Mit demselben oder mit noch viel größerem Recht hätten die Franzosen erwidern können, sie hätten zwar Vertrauen zum Reichskanzler Marx, aber sie wüßten nicht, ob die Herren Stresemann und Luther nicht in einem Monat Mitglieder eines Kabinetts des Bürgerblocks sein würden, das unter deutschnationaler Führung die Londoner Abmachungen zerreißen oder sabotieren würde. Wir konnten Ende Mai noch mit Mühe vermeiden, daß wir in eine Regierung Tirpitz-Scholz „hineinschlidderten“, und schließlich besteht der Ludendorff-Scholem-Reichstag vom 4. Mai immer noch. Man sollte doch endlich aufhören, den Poincarismus immer noch bei den andern zu suchen!

Es ist nicht allzu lange her, daß man allenthalben in Deutschland der Auffassung begegnen konnte, nur die Gewalt würde die Franzosen aus dem Ruhrgebiet treiben, und auf den Tag müsse eben hingearbeitet werden (durch Stärkung der Rechtsparteien und der „Vaterländischen Verbände“). Später wurde an amtlicher Stelle — der jetzige Noch-immer-Vizekanzler Jarres wird sich dessen entsinnen — mit dem frevelhaften Gedanken gespielt, Ruhr und Rheinland „versacken“ zu lassen, d. h. wirtschaftlich dem Chaos und politisch den Franzosen preiszugeben. Und nun sind es dieselben Kreise, die noch vor Jahresfrist das Ruhrgebiet für verloren hielten, die jetzt eine Maximalfrist von einem Jahre für die militärische Räumung für unannehmbar erklären und aufs neue ihre Katastrophenspielerereien betreiben möchten!

Dabei wollen wir uns darüber im klaren sein, daß unter den früheren französischen Mehrheitsverhältnissen und dem Kabinett Poincaré eine bindende, befristete Zusage in London überhaupt nicht hätte erreicht werden können. Poincaré hätte sich hinter den formal-juristisch schwer anfechtbaren Vorwand verschantzt, daß der Dawes-Plan von militärischer Räumung überhaupt nicht spreche, Deutschland daher kein Recht habe, diese Frage überhaupt aufzurollen, und daß ein Verlangen der deutschen Delegierten nach einer Räumungsvereinbarung als Voraussetzung der Unterschrift einen Bruch des Dawes-Planes durch Deutschland darstelle. Vielleicht hätten ihm schließlich die amerikanischen Bankiers Zugeständnisse abgerungen, Deutschland sicherlich nicht. Wer da noch wagt, Herriot mit Poincaré in eine Linie zu stellen, besitzt entweder ein sehr kurzes Gedächtnis oder eine eiserne Stirn.

Diese notwendige Abwehr deutschnationalistischer Demagogen soll uns Sozialdemokraten jedoch nicht davon abhalten, dem Londoner Konferenzergebnis kritisch gegenüberzustehen und auch das an der Haltung Herriots zu tadeln, was uns bedauerlich erscheint. Wir, die wir die deutsch-französische Verständigung wirklich wollen und für sie arbeiten, haben ein Recht dazu. Gewiß, wir verkennen nicht die Gefahren, von denen Herriot umgeben ist. Dieser Gesichtspunkt allein erklärt auch die Haltung MacDonaldis, der zwar die Ruhrbesetzung für widerrechtlich hält, aber Herriots Vorschlag der Jahresfrist unterstützte. Und dennoch können wir nicht umhin, das Auftreten der französischen Delegation in London als unglücklich zu bezeichnen. Allzuoft erweckte Herriot das Gefühl, als sei er nur der unfreiwillige Willensvollstrecker unsichtbarer politischer Gegner und als lasse er deshalb seinen bürokratischen und militärischen Begleitern in den Ausschlußberatungen freie Hand. Wahrscheinlich war das nur eine optische Täuschung, vermutlich hat man hinter den Kulissen der französischen Delegation heftig gerungen, und letzten Endes hat sich Herriot doch durchgesetzt. Aber das nackte Ergebnis der Konferenz ist noch recht weit von dem entfernt, was wir im Interesse der deutsch-französischen Verständigung gewünscht hätten. Ganz abgesehen von den moralisch-sentimentalen Gründen, die uns eine frühere Ruhrräumung wünschen ließen, welchen praktischen Wert hat die Frist von einem Jahre für die Franzosen? Diese weiteren zwölf Monate Besetzung verschlingen nur sehr viel Geld, ohne auch nur einen Centime Reparationen einzubringen oder auch nur dessen Einbringung zu sichern. Soll der militärische Druck an der Ruhr als Waffe bei dem interalliierten Schuldenausgleich dienen? Oder als Argument bei den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen? Eine solche Politik wäre einer Regierung nicht würdig, die von der Unterstützung unserer französischen Genossen lebt.

Das Tragikomische an der jetzigen Situation liegt aber darin, daß das Londoner Ergebnis beide Länder unbefriedigt läßt. Wir in Deutschland haben das Gefühl, daß Herriot sich jedes Zugeständnis wider Willen hat abringen lassen, daß der Bruch mit dem Poincarismus noch nicht restlos vollzogen ist; und in Frankreich ist man überzeugt, daß Herriot bis an die äußersten Grenzen des Edelmutts gegangen ist, daß er sie vielleicht überschritten hat, und man ist erstaunt und empört darüber, daß die Deutschen dies nicht anerkennen wollen, ja im Gegenteil sogar bestreiten. Und so ist, wenigstens unmittelbar nach der Londoner Konferenz, die Atmosphäre der deutsch-französischen Beziehungen mit Bitterkeit und Mißtrauen geladen. Die ersehnte und notwendige Entspannung ist nicht eingetreten.

Vielleicht wird sie noch kommen. Die Tür zu weiterem französischen Entgegenkommen ist ausdrücklich offen gelassen worden.

Beide Teile können nun dazu beitragen, daß diese Möglichkeit ausgenutzt wird.

Zunächst ist es noch zweifelhaft, ob das Londoner Ergebnis mit Zweidrittelmehrheit vom Reichstag gebilligt wird. Es wäre sogar zu wünschen, daß die Deutschnationalen durch ihre ablehnende Haltung eine Reichstagsauflösung erwirken. Kommt es zur Neuwahl, dann kann die französische Demokratie noch manchen, nützlichen Beweis ihrer Solidarität mit der deutschen liefern, den sie leider in London unter dem Druck Poincarés nicht geben durfte.

Bei der Ankündigung der interalliierten Vereinbarungen und der erfolgten Einladung an die Reichsregierung hat MacDonalld im Unterhaus die Erwartung ausgesprochen, die Deutschen würden „das Beste daraus machen“ („Make the best of it“). Dieser Ausdruck bedeutet zugleich: sich damit abfinden. Das ist auch geschehen. Jetzt gilt auch für das Konferenzergebnis: „to make the best of it“. Der Schritt vorwärts, der vollzogen wurde, ist zwar nicht so groß, wie wir es uns gewünscht hätten, aber er ist immerhin getan worden. Solange in Deutschland und Frankreich die Sozialisten außerhalb der Regierung stehen, wird man sich mit solchen relativ kleinen Schritten begnügen müssen. Streben wir danach, unsere Macht in beiden Ländern so zu verstärken, daß wir an beiden Regierungen teilnehmen. Dann erst wird man in der Beurteilung der auswärtigen Politik die Bahn des klaren, unbestrittenen, begeisternden Fortschritts betreten, die zur wirklichen Versöhnung führt!

## Deutschland und Frankreich

Von Konrad Haenisch.

(Rede, gehalten am Verfassungstage in Wiesbaden\*) vor Deutschen und Franzosen.)

Fünf Jahre sind am heutigen Tage verflossen, seit sich das deutsche Volk seine republikanische Verfassung gegeben und damit nach den furchtbarsten Erschütterungen des Krieges, des Zusammenbruchs und der Umwälzung sich eine neue feste Grundlage seines staatlichen Daseins geschaffen hat.

Das Verfassungswerk wurde vollbracht auf einem Boden, der durch die schönsten Erinnerungen jedem Deutschen geheiligt ist. Der Name Weimar führt unsere Gedanken zurück in eine Zeit, da Deutschland, ähnlich wie heute, aus tausend Wunden blutend,

\*) Genosse Haenisch ist Regierungspräsident von Wiesbaden. Die Einreise nach Wiesbaden ist ihm erst kürzlich infolge des politischen Umschwungs in Frankreich gestattet worden.

in erbarmungswürdiger politischer Ohnmacht am Boden lag, da es, wiederum wie heute, nur noch Objekt, nicht aber Subjekt der europäischen Geschichte war. Aber gerade diese Zeit tiefster politischer Demütigung ist es gewesen, in der der deutsche Geist, vornehmlich von Weimar aus, seine Schwingen regte zum gewaltigen Siegesfluge über die Länder der Erde. Und während Deutschland nicht mehr ein Staat, sondern nur noch ein geographischer Begriff zu sein schien, neigte die Welt sich vor dem großen Genius unseres Volkes, wie er verkörpert war in den Kant und Fichte, den Herder und Humboldt, den Goethe und Schiller. Die junge französische Republik ehrte nur sich selbst, wenn sie Friedrich Schiller zum Ehrenbürger Frankreichs erhob. Und selbst ein Napoleon senkte, in Erfurt, grüßend den Degen vor Johann Wolfgang Goethe. Das alte Reich des deutschen Staates war tot — das neue Reich des deutschen Geistes triumphierte. Und wie es nach Schillers schönem Wort der Geist ist, der sich den Körper baut, so erstand vom Geiste her, der unser Volk ideell einigte, Deutschland nach und nach neu auch als politische Einheit.

Auch mit der Geistesgeschichte dieser Zeiten ist Weimar aufs engste verknüpft — ich brauche nur die Namen Franz Liszt und Friedrich Nietzsche zu nennen. Und als dann das Kaiserreich zusammengebrochen war und das deutsche Volk sich, in freier Wahl, jene Vertretung berufen hatte, die ihm eine neue Verfassung geben sollte, da war es ein guter und gesunder Gedanke, die Nationalversammlung gerade in Weimar zusammentreten zu lassen und damit vor aller Welt zu bezeugen, daß der Geist von Weimar herrschen solle im neuen Deutschland. Uns alle, die wir damals in Weimar zu ernstem Werk zusammen waren, erhob in all dem Niederbruch immer wieder die Erinnerung an die hier verkörperte große Vergangenheit unseres Volkes. Und aus dieser Erinnerung schöpfen wir den Glauben, daß auch diesmal sich bewähren würde Ferdinand Freiligraths starkes Wort: „Sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!“

Das Verfassungswerk, das im Zeichen des alt-geheiligten schwarz-rot-goldenen Reichsbanners — Jahrhunderte hindurch waren dies ja die Farben des alten römischen Reiches deutscher Nation gewesen — in Weimar geschaffen wurde, während tagtäglich die Wogen schwerster innerer und äußerer Kämpfe das lecke Reichsschiff umbrandeten: dies Verfassungswerk ist gewiß nicht ideal. Wer wie der Mann, der heute zu Ihnen spricht, berufen war, an verantwortlicher Stelle am Zustandekommen der Verfassung mitzuwirken, weiß besser als irgendein anderer, wie zahlreiche Schönheitsfehler dem Werk von Weimar anhaften, wie mancher Artikel der Verfassung erst nach hartem Kampfe der einander gegenüberstehenden weltanschaulichen, parteipolitischen und länderpolitischen Kräfte zustande gekommen ist und so oft genug den Stempel eines

nicht immer erfreulichen Kompromisses an der Stirn trägt. Dennoch: als Ganzes gesehen ist die Verfassung ein gutes Werk, und sie hat sich in den schweren fünf Jahren, die nun hinter uns liegen, bewährt als eine feste und tragfähige Grundlage unseres staatlichen Daseins. Vor allem hat sie ihre Feuerprobe bestanden in diesem letzten Jahre, in dem es mehr als einmal schien, als würde das Reich doch noch hineingerissen werden in jenes grauenvolle Chaos, vor dem unser Land zu bewahren in den Stürmen von 1918 nur mit Aufbietung der letzten Kraft gelungen war.

Ich brauche vor Ihnen die Geschichte dieses letzten Jahres nicht noch einmal aufzurollen. Was die Zeit der Geldentwertung, die in ihrem Ausmaß ohne Beispiel dasteht, in der Geschichte der Völker, für unser Land wirtschaftlich und sozial, politisch und seelisch bedeutet hat, wie der Bestand des Reiches aufs äußerste gefährdet war in den Tagen der frevlen bayerischen Schilderhebung und in den Schreckenstagen, die die deutsche Westmark um die Jahreswende herum durchleben mußte: das alles kennen Sie ja ebensogut wie ich. In allen diesen Stürmen hat sich die Verfassung von Weimar als eine feste Klammer unseres staatlichen Zusammenhalts erwiesen, und darum feiern wir ihren fünften Geburtstag nicht nur — wie gewisse andere Leute — aus kaltem Pflichtgefühl, sondern wir feiern ihn dankbaren und freudigen Herzens.

Es kann heute nicht meine Absicht sein, Ihnen einen Vortrag zu halten über Geist und Inhalt der Verfassung von Weimar. Nur einen Grundgedanken lassen Sie mich herausheben, der gerade mir als früherem Unterrichtsminister und als altem Schulpolitiker besonders bedeutungsvoll und besonders schön erscheint. Ich denke an jenen Artikel der Verfassung, der fordert, daß die Erziehung der Jugend erfolge auf der Grundlage des deutschen Volkstums im Geiste der Völkerversöhnung. Ein Artikel, der sinngemäß anknüpft an jenen fundamentalen Einleitungssatz der Verfassung, in dem es als Aufgabe des neuen Deutschland hingestellt wird, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen.

Unklare und böswillige Köpfe stellen es immer wieder so dar, als stünden der Gedanke des deutschen Volkstums und der Gedanke der Völkerversöhnung unvereinbar einander gegenüber, unversöhnlich wie Feuer und Wasser. Nichts falscher, nichts verhängnisvoller als eine solche Auffassung! Pflege des eigenen Volkstums und Pflege wahrhaft europäischer Gesinnung gehören so unzertrennlich zusammen wie die beiden Seiten einer Münze. Und gerade der deutsche Geist ist seiner ganzen Art nach so aufnahmefähig und so aufnahmewillig für das Kulturgut fremder Nationen wie kaum der Geist irgendeines andern Volkes. Mag das in gewissen Zeiten der deutschen Geschichte vielleicht auch ein Element der Schwäche gewesen sein, so liegt doch auf der andern Seite gerade in dieser Aufnahmefähigkeit und Aufnahmewilligkeit

des Deutschtums auch eine unerschöpfliche Quelle von Reichtum und Größe. Alle wahrhaft großen Deutschen waren zu gleicher Zeit national im besten Sinne des Wortes und gute Europäer. Derselbe Goethe, dem wir so urdeutsche Gestalten wie den Götz, den Lese und, vor allem, den Faust, dieses Sinnbild tiefsten deutschen Wesens, verdanken, hat uns als erster auch den Begriff der Weltliteratur geschenkt. Schiller, der Schöpfer des „Tell“, hat uns auch den gewaltigen Hymnus an die Freude gegeben mit dem Sehnsuchtschrei: „Seid umschlungen Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt!“ Einen Hymnus, den abermals ein Deutscher, Ludwig Beethoven, in unvergänglichen Tönen für die Jahrhunderte festgehalten hat, Ludwig Beethoven, der Schöpfer deutschester Musik, dessen Eroika wiederum der Bewunderung ihres Schöpfers für die Gestalt — Napoleons ihre Entstehung verdankt ... Und endlich: der deutsche Dichter Richard Dehmel, der, schon ein alter Mann, im Unheilsjahre 1914 noch als Kriegsfreiwilliger zu den Fahnen eilte, um die Grenzen der geliebten Heimat zu schützen, derselbe Dehmel bekennt zugleich demütig, und wir alle sollten es mit ihm bekennen:

„Ich hab' ein großes Vaterland:  
Zehn Völkern schuldet meine Stirn  
Ihr bißchen Hirn.“

Geist des deutschen Volkstums! Ja, wir wollen bei aller Erkenntnis der vielen Schwächen, Fehler und Mängel unserer Art uns auch heute, uns auch hier und gerade hier in Deutschlands Westmark und am deutschen Rhein, an dessen Ufern heute Frankreichs Trikolore weht, stolz und freudig zum deutschen Volkstum bekennen. Ohne Ueberhebung, aber mit jenem Selbstgefühl, das dem aufrechten Manne und der aufrechten Frau ziemt, wollen wir auch heute und auch hier aussprechen, daß das deutsche Volk der Welt auch künftig noch Großes zu geben hat, dieses Volk, das der Menschheit einen Holbein und einen Dürer, einen Goethe und einen Schiller, einen Bach und einen Beethoven, einen Mozart und einen Wagner, einen Kant und einen Nietzsche schenkte, dem die Welt den Faust und den Tell, den Figaro und die Neunte Sinfonie und die Meistersinger, die Kritik der Reinen Vernunft und den Zarathustra verdankt, dieses Volk, das die Welt erst in unsern Tagen wieder mit einem Max Klinger, einem Gerhart Hauptmann, einem Richard Strauß und einem Albert Einstein bereichert hat. Nein, dieses deutsche Volk ist zu gut dazu, nur den Kulturdünger abzugeben für andere Nationen! Es ist noch nicht so weit, daß das deutsche Volk vom Schauplatz der Geschichte abtreten müßte. Die ganze Welt würde verarmen, sollte ihr je fehlen der besondere Einschlag deutschen Wesens.

Aber gerade weil wir stolz sein dürfen und stolz sind auf die Kultur Deutschlands, gerade darum können und wollen wir mit

neidloser Freude auch alles Große und Unsterbliche anerkennen, was andere Nationen der Welt gegeben haben. Wie die deutsche Musik etwas Einziges und Einmaliges ist, so ist unerreicht die Plastik des klassischen Griechentums und die Malerei der großen Italiener auf der einen, der großen Niederländer auf der andern Seite. Ohne Rückhalt erkennen wir an das große staatspolitische Können und das technische Genie der Angelsachsen. Auf's tiefste erschauern wir vor den dunklen Geheimnissen der russischen Seele, wie sie uns im Leben und Werk eines Dostojewsky, eines Tolstoi, eines Gorki entgegentreten. Nie haben wir bestritten, wie unendlich viel die deutsche Literatur den großen Skandinaviern, einem Ibsen, einem Björnson, einem Strindberg schuldig ist — Männern, die unser eigenes dramatisches Schaffen am Ausgang des 19. Jahrhunderts kaum weniger befruchtet haben, als es einst ein Shakespeare getan hat. Und kein noch so berechtigtes Gefühl der Verbitterung, kein noch so verständlicher Groll soll uns abhalten, auch heute und auch hier froh zu bekennen, wieviel und wie Großes die Welt dem Genius des französischen Volkes verdankt, was die Welt und was insbesondere auch Deutschland verdankt einem Voltaire, einem Rousseau und der ganzen Schar der Enzyklopädisten wie jenen Männern, die einst die ewigen Menschenrechte verkündeten. Jene Menschenrechte, die — niemand möge das vergessen! — ewig sein sollten und gelten sollten für alle Völker der Erde! Und denken wir an einen Jaurès, an einen Zola, an einen Maupassant und, um Lebende zu nennen, an einen Anatole France, Henry Barbusse und Romain Rolland, so wird uns mit schmerzlicher Wehmut bewußt, wie sehr gerade diese beiden Völker ihrer tiefsten Art nach einander ergänzen, diese beiden Völker, die der Fluch der Jahrhunderte zu „Erbfeinden“ gemacht hat. Haben jene die Form, so haben wir die Tiefe, haben wir das ewig-dunkle Sehnen und Suchen, so haben jene die Klarheit, die edel-schöne Linie. Dort die hell auflodernde Flamme, hier des Meeres Unergründlichkeit. Es gibt nicht zwei Nationen auf Erden, die seelisch so aufeinander angewiesen sind wie Deutsche und Franzosen. Die Besten hüben wie drüben haben denn auch das ganze 19. Jahrhundert hindurch für Verstehen und Versöhnung sich eingesetzt — ein Victor Hugo, ein Ernest Renan, ein Jaurès, ein Rolland dort — ein Börne und Heine, ein Lassalle und Frank bei uns! Und dennoch immer und immer wieder — „Erbfeinde“!

Sollen die beiden Völker „Erbfeinde“ bleiben — für alle Zeiten? Wollen wir das, was Jahrhunderte hindurch war, hinnehmen als unabänderliches Faktum auch für die Zukunft? Nein und dreimal nein! Nicht blinde Schicksalsmächte lenken der Menschheit Geschicke — wir selbst wollen, wir selbst müssen Europas Geschick schmieden! „Nicht, was die Zeit bringt, still

zu tragen — die Zeit zu lenken laßt uns wagen“ schrieb einst Ludwig Thoma. Und dies gute Wort muß heute mehr als je gelten. Ja, Europas Schicksal hängt daran, daß es jetzt endlich, endlich gelingt, den tausendjährigen Fluch des Rheingoldes zu überwinden, Deutschland und Frankreich zusammenzuführen zu wirtschaftlicher, politischer und kultureller Gemeinschaftsarbeit. Der alte Irrwahn, daß das Unglück des einen Landes das Glück des andern bedeute, muß endlich auch an der Seine endgültig begraben werden. Er ist ja doch nichts anderes als die alte „falsche Rechnung“!

Wir Deutschen wollen in unserer gewaltigen Mehrheit, trotz allem Furchtbaren, was hinter uns liegt, Versöhnung und Frieden. Mit herzlichster Freude haben wir es deshalb begrüßt, daß sich am 11. Mai endlich auch das französische Volk in jener schönen und starken Bekundung seines politischen Willens zum Frieden und zur Versöhnung bekannt hat. Möge es nun aber auch dafür sorgen, daß nicht Starrsinn und Engherzigkeit sein im Mai mit so herrlichem Elan bekundetes Wollen verwässere, verfälsche, ins Gegenteil verkehre!

Streckt man uns nach Jahren einer ebenso engstirnigen wie engherzigen Gewaltpolitik, die nichts anderes war als die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln, jetzt die Hand zur Versöhnung wirklich ehrlich entgegen, so wollen wir sie gern und freudig ergreifen. Darüber aber möge man sich überall klar sein: wirklicher Friede, endgültige Versöhnung sind nur möglich, wenn das große Kulturvolk der Deutschen als freies und gleichberechtigtes Glied seinen Platz wieder einnehmen kann im Kreise der europäischen Völkerfamilie. Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Mann erzittere nicht! Der große Franzose Jean Jaurès hat einmal das schöne Wort geprägt: „Die Nation ist das Schatzkästlein des menschlichen Geistes.“ Nun, dieses Wort muß auch für Deutschland gelten! Für immer sind die Zeiten vorbei, da selbst unsere Geistesheroen sich achselzuckend damit bescheiden müßten: „Zur Nation euch zu bilden, ihr hofft es, Deutsche, vergebens!“

Ich sage das ohne jede Ueberhebung. Wir Deutschen unsererseits sind gründlich geheilt von dem unseligen Größenwahn, daß „an deutschem Wesen die ganze Welt genesen“ müsse. Aber ebensowenig wird die ganze Welt „genesen“ am russischen Wesen, am angelsächsischen Wesen oder auch am französischen Wesen. Erst alles das zusammen, gleichberechtigt nebeneinander und miteinander, einander befruchtend und einander bereichernd, wird den vollen Einklang des neuen Europa ergeben.

Wird dieser Weg, an dessen Ende — in der einen oder in der andern Form — die große europäische Staatengemeinschaft stehen muß, jetzt nicht endlich entschlossen beschritten, dann sind Jean Jaurès und Ludwig Frank, diese beiden ersten Opfer

des grausigen Völkergemetzels, vergeblich gefallen, und dann wäre auch die jetzt geplante Ueberführung der sterblichen Reste des großen Franzosen ins Pantheon nichts anderes als eine schöne, aber leere Geste. Vergeblich wären dann auch alle die andern ungezählten Millionen hingeopfert worden. An Europas Jugend — und damit lassen Sie mich den Gedanken wieder aufnehmen, der vorhin anklang, als ich von dem herrlichen Erziehungsartikel der Weimarer Verfassung sprach —, ist es, den zugleich tiefsten und höchsten Sinn des großen Kriegsoffers: die Erkämpfung des dauernden Friedens, sich und uns nicht wieder rauben zu lassen.

Sie kennen jenes Wort eines französischen Staatsmanns der alten Schule, daß die Sprache nur dazu da sei, die Gedanken zu verbergen. Nun — ich glaube, daß wir heute mit diesen alten Methoden der Verschleierung, der Unaufrichtigkeit und des Ränke- spiels nicht mehr weiterkommen. Was uns hüben wie drüben nützt, ist rückhaltlose Offenheit, ist freies Aussprechen dessen, was ist. Darum habe ich auch heute, wo ich zum ersten Male im besetzten Gebiete als Vertreter des preußischen Staates öffentlich zu Ihnen spreche, so geredet, wie ich denke und fühle. Und so will ich es stets halten. Möge das gute Wort eine gute Stätte finden, — auch bei meinen französischen Zuhörern!

Lassen Sie mich schließen!

Es war hier in Wiesbaden, wo Goethe in seinem Alter einmal das tiefe Wort gefunden hat:

„Denn so lang' du das nicht hast,  
Dieses: Stirb und werde!,  
Bist du nur ein trüber Gast  
Auf der kalten Erde.“

Das gilt für die Völker, wie es für den einzelnen gilt. Aus dem Zusammenbruch des alten Deutschland des Halbabsolutismus und des Militarismus wird jetzt langsam, allzu langsam, aber doch unverkennbar ein neues Deutschland der Demokratie und des Willens zum Frieden. So muß auch für ganz Europa das tiefe Wort gelten: Stirb und werde! Die Wahl steht so: Entweder ein neues, freies, von allen Giftschwaden des Hasses und des Miß- trauens gereinigtes Europa, oder aber — Untergang des Abend- landes! Ein drittes gibt es nicht. Vergessen wir es nicht: schon mehr als eine Kulturepoche ist dahingesunken im Ablauf der Geschichte — die babylonische, die griechisch-römische wie die des spanischen Weltreiches, in dem die Sonne nicht unterging. Schon schickt sich Amerika, schon schickt sich Ostasien an, wirtschaftlich wie politisch das Erbe des alten Europa anzutreten und unserm Erdteil die Rolle einer kulturhistorisch vielleicht immerhin nicht uninteressanten Halbinsel am Körper des großen asiatischen Kontinents zuzuweisen. Einer Halbinsel, die der Mann aus Amerika

und Japan einst vielleicht mit dem gleichen rein kunst- und kultur- historischen Interesse bereisen wird, mit dem wir heute Griechen- land und Spanien bereisen. Vor diesem Schicksal bewahren kann uns nur die Erneuerung Europas nicht nur an Haupt und Gliedern, sondern auch an Geist und Seele. Eine neue Zeit wollen wir für Europa heraufführen, jene neue Zeit, der einst schon Freilig- rath seinen jubelnden Morgengruß sang, als der

„Neuen Zeit, die anderes will  
Als Eidbruch und Verrat,  
Der neuen Zeit, die anderes will  
Als Lug und Lügensaar,  
Die endlich einmal mehr verlangt  
Als Schall und Rederei,  
Die endlich einmal atmen will,  
Aufatmen, tief und frei!“

Für diese neue Zeit, für dieses neue Europa lassen Sie uns alle kämpfen, jung und alt, Weib und Mann, Deutsche und Fran- zosen! Jeder an seinem Platze — aber jeder mit Hingabe seines Letzten! Ueber die Eingangspforte dieses neuen Europa aber und aller seiner Länder, auch und zumal seines Herzlandes, der einen, unteilbaren deutschen Republik, wüßte ich kein schöneres Grußwort zu setzen als den Schrei heißester Sehnsucht und höchsten Glücksgefühls, den einst Johann Wolfgang Goethe seinem ster- benden Faust in den Mund legte, die Worte:

„Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn,  
Auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehn!“

## Gewerkschaftsprobleme<sup>\*)</sup>

Von Fritz Tarnow

Die Gewerkschaften haben in der Zeit nach dem Kriege die unmittelbare Gewerkschaftsarbeit, die Lohnpolitik, so ausschließ- lich treiben müssen, daß sie weder Zeit noch Ruhe gefunden haben, um die neuen Probleme wenigstens theoretisch zu klären; da ist einmal das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat. Ich meine nicht die Frage, ob die Gewerkschaften den neuen Staat anerkennen — unser Bekenntnis zur demokratischen Republik brauche ich in diesem Kreis nicht zu wiederholen —, sondern die Frage: wie die Gewerkschaften in die neue Staatspolitik eingeordnet werden können.

Der alte Staat war ja eigentlich bis zu seinem Ende grundsätz- lich immer noch auf der Theorie aufgebaut von der Nachtwächter-

<sup>\*)</sup> Vortrag, gehalten in der „Freien Vereinigung für Republik und Sozialismus“.

rolle des Staates: Der Staat hat die Aufgabe, für die Ordnung in der Gesellschaft zu sorgen, aber im übrigen muß er den Dingen seinen freien Lauf lassen, insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung. Praktisch hat diese Theorie allerdings nicht mehr vollkommen gegolten, denn in Wirklichkeit hat auch der alte Staat sehr tief eingegriffen in die Wirtschaft durch seine Steuer-, Handels- und Zollpolitik. Aber der Form nach hat er aufrechterhalten, daß diese Dinge sich frei entwickeln müßten.

Der neue Staat muß offen anerkennen, daß die Wirtschaft eine Angelegenheit der Staatspolitik ist. Und er muß als demokratischer Staat alle Schichten an der Regelung des Wirtschaftslebens teilnehmen lassen. Diese Teilnahme ist das Sprungbrett der Gewerkschaften als Arbeitervertretung zur Eingliederung in die Staatspolitik.

In der Verfassung ist ja auch der Weg eröffnet, auf dem diese staatspolitische Tätigkeit für die Gewerkschaften möglich ist, und zwar im § 165. Man ist heute vielfach der Meinung — auch in unsern Parteikreisen —, daß dieser Paragraph nur eine Verlegenheitskonzession an die damalige Modekrankheit des Rätewesens gewesen ist. Man sollte sich in Parteikreisen vor solcher Anschauung hüten. Nach unsern ganzen Ideen, nach unserer ganzen sozialistischen Auffassung soll die Wirtschaft eine Angelegenheit der Gesellschaft, der Gesamtheit werden, und nicht eine Privatangelegenheit der Kapitalisten, der Besitzer der Produktionsmittel sein. Wenn man diese Idee konsequent verfolgt, muß man dazu kommen, alle Wege zu beschreiten, um die Wirtschaftspolitik tatsächlich zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen. Das ist mit dem § 165 eingeleitet worden. Der Versuch ist aber in den Anfängen stecken geblieben. Die Bezirkswirtschaftsräte sind noch nicht geboren. Ich muß als Mitglied des Reichswirtschaftsrats ehrlicherweise sagen, daß die Tätigkeit dieses Wirtschaftsparlaments nicht so überwältigend ist, daß man darüber in Begeisterung verfallen könnte. Aber unser Wirtschaftsparlament ist etwas ganz Neues, ohne Vorbild in der Welt. Der Wirtschaftsparlamentarismus muß seine Form erst finden. Und er kann vor allen Dingen erst dann wirksam werden, wenn die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Fortentwicklung dieses wirtschaftlichen Parlamentarismus ist nach meiner Auffassung der Weg, auf dem die Gewerkschaften in die Staatspolitik hineinkommen können und hineinkommen müssen. Es gibt Gewerkschaftler, die der Meinung sind, daß in den politischen Parlamenten die Gewerkschaften die Tribüne und die Verhandlungsbasis und die Machtfülle finden würden, die sie gebrauchen, um ihre Ideen, ihre wirtschaftspolitische Auffassung durchzusetzen. Diese Gedankenreihe mündet darin, daß an Stelle der politischen Arbeiterpartei die gewerkschaftliche Arbeiterpartei tritt. Diese Gedanken kommen einmal von den

Arbeitermassen, die enttäuscht sind über die Zerrissenheit der politischen Bewegung, und meinen, die politischen Arbeiterparteien würden sich niemals wieder zusammenfinden können. Ein solcher Gedankengang ist außerordentlich primitiv und eine Illusion. In dem Augenblick, wo die Gewerkschaften zu den politischen Fragen letzten Endes und entscheidend Stellung zu nehmen hätten, wäre die Gewerkschaftsbewegung genau in soviel Teile zerspalten wie die politische Arbeiterbewegung. Diese Auffassung findet man dann bei Gewerkschaftsgenossen, die die Gewerkschaften zu den alleinigen Trägern der Politik, soweit Arbeiterinteressen zu vertreten sind, machen wollen, weil die Staatspolitik immer mehr von der Wirtschaftspolitik beherrscht werde. Diese sei das Entscheidende. Alle andern staatspolitischen, kulturpolitischen Fragen müßten sich der Wirtschaftspolitik unterordnen, und darum müsse die Führung der Politik bei den Wirtschaftsorganisationen liegen, eine Auffassung, die parallel bei den Unternehmerverbänden vorhanden ist. Es mag dahingestellt bleiben, ob wirklich die Entwicklung dahin führt, daß die Wirtschaftspolitik die entscheidende Rolle spielen wird. Einstweilen sind wir noch nicht so weit, und ich sehe für absehbare Zeit nicht die Möglichkeit, die politische Parteitätigkeit entbehren zu können. Soweit die Vertretung der wirtschaftspolitischen Interessen, wie sie besonders in den Gewerkschaften gepflegt werden, auch in den politischen Parlamenten notwendig ist, geschieht das heute wie früher auf dem Wege der Personalunion zwischen Gewerkschaft und Partei, eine Personalunion, die ja auch in den politischen Parlamenten ihren Ausdruck findet. Um Wirtschaftspolitik treiben zu können, braucht man auch ein gewisses Maß wirtschaftspolitischer Kenntnisse und Einsicht, und ich möchte als Gewerkschaftler nicht behaupten, daß diese Fähigkeit in der Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Parteibewegung so überragend entwickelt wäre. Wir haben leider bis zur Revolution die Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit betrachtet, die uns nichts angeht, und uns nur mit der Sozialpolitik befaßt. Wir hatten auch keine Möglichkeit praktischer Wirtschaftspolitik. Wir müssen Wirtschaftspolitiker erziehen und dürfen dabei nicht vergessen, daß aktive, positive Wirtschaftspolitik etwas anderes ist als negative Wirtschaftskritik. Auch Wirtschaftspolitik ist die Kunst des Möglichen, und die Möglichkeiten sind in einer Zeit, wie wir sie durchlebt haben und noch durchleben, außerordentlich beschränkt, noch viel beschränkter als in normalen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Erkenntnis der wirtschaftlichen Situation ist schwieriger als zu irgendeiner andern Zeit. Das Tempo der Entwicklung unserer Wirtschaft wird zweifellos ein sehr viel schnelleres sein als bisher. Ihre Rationalisierung muß ein schnelleres Tempo annehmen, und wir können dazu nicht ja oder nein sagen, denn diese Rationalisierung ist

zwangsläufig. Wir müssen dabei für die Arbeiter herausholen, was herauszuholen ist.

Wir müssen uns aber auch mehr als bisher befassen mit dem Ausbau unserer inneren Organisation, unserer Verwaltungseinrichtungen! Manches ist heute überlebt, manches muß geändert werden, manches ist verfallen, weil wegen der ewigen Lohnbewegungen der innere Ausbau nicht in gleichem Maße gepflegt werden konnte. Dazu gehört die Regelung des Beitrags- und Unterstützungswesens. Vor allem aber auch die Entwicklung der Tarifgemeinschaften, die Entwicklung des Tarifvertragswesens. Scheinbar haben wir eine ungeheuer stürmische Entwicklung in der Nachkriegszeit erlebt, indem beinahe restlos alles in Tarifgemeinschaften eingepreßt worden ist; in Wirklichkeit ist häufig Tarifformalismus geschaffen worden, dem der Inhalt fehlt. Aber was noch viel schlimmer ist und was vielen Gewerkschaftlern selbst noch nicht recht klar geworden ist: die Entwicklung des Arbeitsrechts im Tarifvertrags- und Schlichtungswesen führt uns in gerader Linie zur Vernichtung des Gewerkschafts-, Koalitions- und Streikrechts, das abgelöst werden kann durch einen staatlichen Einigungszwang. Wir sind in der Gesetzgebung heute schon so weit, daß dieser Punkt erreicht worden ist, wenn sich das auch praktisch aus mancherlei Ursachen noch nicht auswirkt. Ich sehe darin eine ganz ungeheure Gefahr, die man, solange es noch Zeit ist, beseitigen muß, und ich stoße mich nicht daran, daß auch die Arbeitgeber in diesem Falle die Beseitigung des Einigungszwanges, die Beseitigung des Zwangstarifs fordern. Sie tun es, weil sie der Meinung sind, daß sie im Augenblick ohnedem mit uns besser fertig werden können. Wenn die Gewerkschaften wieder stark sein werden, wird das Unternehmertum alle gesetzlichen Möglichkeiten zur Knebelung der Gewerkschaften restlos ausnutzen. Man muß beizeiten sorgen, daß solche gesetzlichen Möglichkeiten nicht vorhanden sind.

Ein besonderes Problem der Gewerkschaftsbewegung, das auch die breitere Öffentlichkeit beschäftigt hat, ist die Umwandlung der Organisationsform, die Zusammenlegung der Gewerkschaften in eine kleine Anzahl von Industrieverbänden. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation soll nicht mehr von dem persönlichen Beruf abhängig sein, sondern von der Zugehörigkeit zum Betriebe. Jeder Betrieb soll nur eine Organisation haben und jeder Betrieb zu seiner Industriegruppe gehören. Verwaltungstechnische und lohnpolitische Gründe sowie der Glaube, daß, je größer eine gewerkschaftliche Organisation ist, je besser sie arbeite, eine Auffassung, die ich ganz entschieden bestreite, spielen da mit. Man sagt auch, der Konzentration des Kapitals müsse eine entsprechende Konzentration der Gewerkschaften entgegengestellt werden. Die Größenfrage der gewerkschaftlichen Organisation ist ja wissenschaftlich noch nicht untersucht. Ich habe das Gefühl, daß die Riesen-

organisationen in eine Schwerfälligkeit hineingeraten werden, die ihrer Schlagkraft gefährlich werden kann. Ich bin auch der Meinung, daß das berufliche Zusammengehörigkeitsgefühl sich als ein dauerhafterer Kitt für die Gewerkschaftsorganisation erwiesen hat als das betriebliche Zusammengehörigkeitsgefühl. Je enger der Berufsrahmen gespannt ist, um so fester und intakter ist die gewerkschaftliche Organisation geblieben, und je berufsgemischer eine Organisation ist, um so größer ist der Zerfall, das Auseinanderlaufen. Wohin die Uebertreibungen führen, hat Edo Fimmen in seiner neuen Broschüre gezeigt. Er weist da nach, daß die Zusammenfassung zu Industrieverbänden längst wieder überlebt ist und die Zusammenfassung zu internationalen Industrieverbänden, die Forderung des Tages sei, und begründet auch das mit der Konzentrationsentwicklung des Kapitals. Es gibt internationale Konzentrationsentwicklungen. Aber sie verlaufen durchaus nicht gradlinig, sondern sind auch gegeneinander gerichtet und überschneiden sich teilweise. Bei uns beobachtet man seit der Stabilisierung eine mehr rückläufige Entwicklung.

Die Frage, die uns auf absehbare Zeit in der Hauptsache beschäftigen wird, ist die lohnpolitische. Wir müssen die Zusammenhänge, die zur Lohnbildung führen, erkennen und danach unsere Taktik einrichten. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist seit Monaten sehr rührig. Wir leben in einer Periode des allerschärfsten Klassenkampfes, so scharf, wie er wahrscheinlich überhaupt noch niemals dagewesen ist, eines Klassenkampfes, der von den Unternehmern mit vollendeter Rücksichtslosigkeit geführt wird. In jeder Wirtschaftskrise sind die Unternehmer besonders angriffslustig gewesen. Das ist keine außergewöhnliche Erscheinung. Aber der Kampf, den sie jetzt führen, ist ein großzügiger, ein planmäßig aufgezogener Kampf mit sehr klar erkannten großen Zielen. Es lassen sich ungefähr drei Abschnitte in diesem Kampf erkennen.

Der erste Abschnitt: Am Ende der Inflationszeit, als die Unternehmer daran gingen, die soziale Gesetzgebung niederzureißen. Sie kennen die Angriffe auf die Demobilmachungsverordnungen, auf die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit; Sie wissen, daß damals in ganz großem Maßstabe die öffentliche Meinung beeinflusst worden ist, die Regierungen, die Parlamente bestürzt, auch die Gewerkschaften berannt worden sind, endlich einzusehen, daß es nicht anders geht. Damals ist diese ganze Attacke immer nur unter dem Hinweis auf die augenblicklichen Zustände begründet worden, nicht von der Zukunft wurde gesprochen, im Gegenteil, es hieß, sowie die Wirtschaft wieder läuft, könnt ihr alles wieder haben, aber erst muß die Wirtschaft laufen, und das können wir nur erreichen, wenn wir jetzt die Sozialpolitik etwas



beiseite schieben und uns ausschließlich der Wirtschaftspolitik zuwenden: mehr Arbeit, billigere Arbeit, damit wir wieder auf die Beine kommen. Wir haben uns gewehrt, und schließlich haben die Unternehmer, was sie auf dem Verhandlungswege mit uns nicht erreichen konnten, auf dem Boden der politischen Macht erungen. Die Demobilmachungsvorschriften, namentlich diejenigen, die den Entlassungsschutz enthielten, die den Unternehmern nicht die Möglichkeit boten, ihre Betriebe von unproduktiven Arbeitern zu reinigen, wie sie sagten, wurden beseitigt. Die Unternehmer bekamen die Möglichkeit der Säuberung der Betriebe, und sie haben von diesen Möglichkeiten ja auch den weitgehendsten Gebrauch gemacht. Dazu kam die Beseitigung der Arbeitszeitreglung. Das war der erste Kampfabschnitt.

Die zweite Periode, der Wiederaufbau der Wirtschaft, sollte beginnen. Was ist gekommen? Ein maßloser Angriff gegen die Arbeiterschaft, gegen die Gewerkschaften mit dem offensichtlichen Zweck, den günstigen Augenblick auszunutzen, um die Gewerkschaften niederzuzwingen. Die Unternehmer wußten und wissen natürlich, daß wir aus der Inflationszeit ohne Geldmittel hervorgegangen sind und dadurch in der Kampfführung maßlos eingeengt waren. Sie kennen die Folgen der kommunistischen Wühlarbeit, die Lockerung der Organisationsdisziplin. Riesenkämpfe, nicht mit einem praktischen Ziele, sondern nur, um die Arbeiter zu ducken, um die Gewerkschaften herunterzudrücken, sind geführt worden. Sie haben der Wirtschaft ungeheure Wunden geschlagen. Der Erfolg dieses zweiten Kampfabschnitts ist durchaus nicht nach dem Wunsche der Unternehmer. Sie haben den Gewerkschaften schwere Wunden beigebracht, aber die Gewerkschaften sind daran nicht gestorben, sie denken gar nicht daran. Der Erfolg ist unterschiedlich. Es gibt Industriegruppen, wo tatsächlich der Achtstundentag zum größten Teil beseitigt ist, es gibt Industriegruppen, wo die Unternehmer die Unterlegenen sind. Im Baugewerbe, im Holzgewerbe, in einer Reihe anderer Industrien ist der Achtstundentag im großen und ganzen erhalten worden. Die Unternehmer sind aber auch ihrer Erfolge nicht froh, sie erkennen, daß es Augenblickserfolge bleiben, wenn sie erwarten müssen, daß bei aufsteigender Wirtschaftskonjunktur die Arbeiter wieder auf den Kampfplatz treten, um sich den Achtstundentag wiederzuholen.

Darum setzt jetzt die dritte Periode des Kampfes ein. Wieder wird die öffentliche Meinung berannt. Was in der letzten Zeit an Aktivität geleistet worden ist, ist bewundernswert. Die Reparationsfrage ist das willkommene Agitationsstück. Wo soll das Geld für die Reparationen herkommen? Das kann doch nur erarbeitet werden! Also müssen die Arbeiter länger arbeiten, müssen sie sich den Hungerriemen enger schnallen. Ein neues Volksvermögen

muß zusammengespart werden. Und wer soll Besitzer dieses neuen, von den breiten Massen des Volkes zusammengehungerten Volksvermögens werden? Den Unternehmern ist das selbstverständlich: dieses neue Vermögen muß Betriebskapital werden. Sie meinen, wir können nicht mehr die volle Lohnrate auszahlen, wie in einer normalen Wirtschaft, wir müssen die Lohnrate kürzen, damit wir wieder zu Betriebskapital kommen. Die Arbeiter sollen ein Kapital ersparen, das in den Besitz der Unternehmer kommt, eine ganz ausgezeichnete und feine Idee der Unternehmerklasse! Das bedeutet nicht etwa nur die Wiederherstellung der alten volkswirtschaftlichen Verhältnisse; denn früher waren die Unternehmer nicht Besitzer des mobilen Kapitals, sie waren Besitzer des immobilien Kapitals, der Betriebe, der Produktionsmittel. Das mobile Kapital haben sie im wesentlichen als Leihkapital aufnehmen müssen. Bei 30—35 Goldmilliarden Leihkapital vor dem Kriege, die bei den Geldanstalten vorhanden waren, sind allein 20 Milliarden Sparkasseneinlagen gewesen. Der Unternehmer hat sie verzinsen müssen. Jetzt geht seine Idee dahin, wieder ein solches Kapital zu schaffen, aber nicht mehr in der alten Form, sondern das neue Kapital soll sich ohne Verzinsungszwang in den Händen der industriellen Unternehmer bilden. Die öffentliche Meinung muß begreifen, daß wir uns nicht mit unbeschränkter Begeisterung hinter diese Idee stellen können, sondern uns im Gegenteil mit allen Kräften dagegen stemmen.

Für die Arbeitgeber wäre es eine große Sache, wenn sie die öffentliche Meinung für ihre lohnpolitische Idee gewinnen könnten, aber niemand soll sich einbilden, daß sie ihre Idee aufgeben würden, für den Fall, daß die öffentliche Meinung sich nicht hinter sie stellt. Sie werden mit allen Mitteln diese Gedankengänge weiter verfolgen und mit allen Mitteln in den nächsten Monaten und Jahren versuchen, die Arbeiter niederzuhalten, ihre Organisationen zu knebeln, umzubringen. Darum wird die nächste Zeit angefüllt sein von schweren Kämpfen um den Arbeitslohn.

\*

So stehen die ungeheuer schwierigen Fragen vor uns. Und statt unsere ganze Kraft für ihre Lösung einsetzen zu können, müssen wir bis über die Schultern im Sumpf des kommunistischen Stumpfsinns waten. Das ist das Elend unserer heutigen Arbeiterbewegung. Die Befreiung von diesem Stumpfsinn — und er ist nicht bloß bei den Kommunisten, die Auswirkungen gehen weiter —, die Wiederherstellung von Ordnung und Disziplin in der Gewerkschaftsbewegung ist auch eins von den Problemen, die noch zu lösen sind, und eins von den dringendsten. In der Gewerkschaftsbewegung brauchen wir mehr noch als in der politischen Partei für unsere Arbeit die Sachlichkeit an Stelle der Phraseologie.

## Die Absatzkrise im Bergbau

Von Heinr. Löffler

Aus den Bergbaubezirken werden scharfe Absatzstockungen gemeldet. Die Haldenbestände auf den Zechenanlagen mehren sich und die Produktion wird durch das Einlegen von Feierschichten gedrosselt. Im rheinisch-westfälischen Bergbaubezirk wurden in der letzten Juliwoche 211 000 Feierschichten eingelegt. In der ersten Augustwoche war diese Zahl bereits auf 300 000 angestiegen. Die „Bergarbeiter-Zeitung“, das Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, teilt mit, daß im Ruhrgebiet jetzt täglich mit mehr denn 50 000 feiernden Bergarbeitern zu rechnen sei. Eine trostlose Lage, im Gedenken an das, was die Ruhrbergarbeiter nunmehr schon seit 1½ Jahren haben erdulden müssen. Eine grenzenlose Verarmung hat die Bergarbeiterfamilien ergriffen, unter der sie zur Verzweiflung getrieben werden, wenn nicht bald eine Wendung zum Besseren erfolgt.

Auch in den Steinkohlenbezirken Nieder- und Oberschlesien, Sachsen und Niedersachsen und auch in den Gebieten des Braunkohlenbergbaues herrscht ein starker Absatzmangel mit Feierschichten. Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau, der bei gut gehendem Absatz täglich 10 500 Waggon zum Abtransport der Produktion benötigt, fordert schon seit Wochen nur noch 6500 im Tagesdurchschnitt an.

In den genannten Tatsachen drückt sich die außerordentliche Schärfe der Wirtschaftskrise aus, von der Mitteleuropa, besonders aber Deutschland, erfaßt ist, weil noch immer kein wahrer Friede Einkehr halten konnte. Die Verantwortlichen für diesen Zustand haben bislang übersehen, daß die Volkswirtschaften der einzelnen Staaten kein voneinander unabhängiges Dasein führen, sondern mit ihren Lebensäußerungen auf das engste miteinander verbunden sind. Wenn die Reparationsfrage gelöst und der Wahn verscheucht wird, der bislang einen wahren Frieden der Völker Europas verhinderte, dann dürfte eine Belebung der Wirtschaft eintreten und sich bald zeigen, daß wir keine Ueberproduktion an Kohle haben, wie manchmal aus den Erscheinungen der gegenwärtigen Absatzkrise geschlußfolgert wird. Für eine auch nur einigermaßen normale Wirtschaft — und wir wollen die Normalität gar nicht hoch schrauben — ist die Menge der aus deutscher Produktion zur Verfügung stehenden Kohle entschieden zu gering für den deutschen Bedarf. Das wird nicht nur mit allem Nachdruck gesagt, sondern soll auch sogleich bewiesen werden.

Innerhalb der gegenwärtigen Grenzen der deutschen Republik und ohne das deutsche Saargebiet wurden 1913 benötigt 119 Millionen Tonnen Steinkohle. Diese Menge steht selbst nach den sehr angestiegenen Produktionsziffern für das 1. Vierteljahr 1924, umgelegt auf ein volles Jahr, nicht zur Verfügung. Im ersten Quartal 1924 wurden, infolge Ueberarbeit in allen Steinkohlengebieten der Republik, rund 29 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert. Aufs Jahr übertragen ergäbe dieses eine Förderung von 116 Millionen Tonnen. Diese Menge wird aber aus verschiedenen Gründen nicht erreicht. Einmal war die Bergarbeiterschaft des Ruhrreviers, Sachsens und Oberschlesiens im Mai ausgesperrt. Welche Wirkung diese Aussperrung hatte, zeigen die Förderziffern. Der Ruhrbergbau förderte im März 8,22 Millionen Tonnen Steinkohle und im Aussperrungsmonat Mai aber nur 1,6 Millionen Tonnen. In gleichem Umfang ist auch die Förderung in Sachsen und Oberschlesien zurückgegangen. Nun wird die Produktion durch das Einlegen von Feierschichten weiter vermindert. Wenn auch die Förderung in den Herbst- und Wintermonaten wieder

regelmäßig sein sollte, dann dürften kaum mehr wie 105 Millionen Tonnen Steinkohle im Laufe dieses Jahres gewonnen werden. Hiervon sind an erster Stelle rund 20 Millionen Tonnen für Reparationslieferungen abzusetzen, so daß für den Inlandsbedarf und die freihändige Ausfuhr nur noch 85 Millionen Tonnen zur Verfügung stehen. Rechnet man mit einem möglichen Einfuhrüberschuß von 10 Millionen Tonnen, dann beträgt das deutsche Steinkohlenhaben 95 Millionen Tonnen, gegenüber einem Verbrauch von 119 Millionen Tonnen in 1913.

Es könnte nun gefordert werden, daß zur Behebung der gegenwärtigen Absatzkrise im deutschen Bergbau, jede Kohleneinfuhr zu unterbinden sei. Leider ist das nicht möglich. Zunächst verpflichtet das Genfer Abkommen zur Abnahme gewisser Kohlenmengen aus Ostoberschlesien. Dann sind die deutsche Nordküste und auch Teile der Ostküste immer auf den Bezug englischer Kohle eingestellt gewesen. Die Wassertransporte aus England erfordern geringere Frachtsätze wie die Bahntransporte aus dem Ruhrrevier, welches für die Versorgung der Nordküste aus transportlichen Gründen nur in Betracht kommen kann. Die Micumlasten haben weiter eine wirksame Konkurrenz der Ruhrkohle an der Nordküste verhindert. Um sie zu ermöglichen, müssen die Eisenbahnfrachtsätze für Kohlentransporte ermäßigt werden. Nach Zeitungsmeldungen soll der ständige Ausschuß des Eisenbahnrates auch eine Ermäßigung der Gütertarife, besonders aber der Tarife für Kohle gefordert haben. Hoffentlich wird dieser Forderung von der Reichsverkehrsbehörde bald entsprochen, bevor sich die Kohlentransporte auf der Reichsbahn noch weiter verringern.

Wenn sodann die Micumlasten fortfallen, wird sich der Ruhrkohlenpreis den Konkurrenzverhältnissen voll anpassen können. Im Interesse der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt ist das auch erforderlich. Falsch wäre es aber, wenn die deutsche Exportindustrie ihre Konkurrenzfähigkeit von der Kohle allein erwartete. Es ist auch erforderlich, daß man in der Exportindustrie wieder kalkulieren lernt. Unter der sich fortsetzenden Geldentwertung der letzten Jahre ist die scharfe Kalkulation anscheinend ganz aus der Uebung gekommen. Man schwamm im Valutastrom gedankenlos dahin, denn die Geldentwertung sorgte immer für eventuell erforderlich werdende Korrekturen. Das hat jetzt aufgehört. In der Exportindustrie und im Kaufmannsstand hat man nun wieder seine Tüchtigkeit zu beweisen, denn faule Köpfe werden im internationalen Wettkampf unterliegen. Auch von der Kohle allein kann nicht jede Konkurrenzmöglichkeit erwartet werden, obgleich ihr Preisstand einen wesentlichen Faktor bildet.

Die Bergarbeiter in allen Revieren leisten seit Monaten Ueberarbeit. Im gegenwärtigen Augenblick wäre dies, von der Menge der Kohlenförderung aus betrachtet, gar nicht erforderlich. Es ist doch ein gewaltiges Opfer, auf der einen Seite Ueberarbeit zu leisten und auf der anderen Seite Feierschichten hinnehmen zu müssen. Es ist im Interesse des Preisstandes erforderlich. Lohn- und Gehaltskosten sind unter normalen Produktionsbedingungen der wesentlichste Bestandteil der Produktionskosten, die wiederum bestimmend sind für den Verkaufspreis. In solcher Situation ist es mehrfach geboten, dafür zu sorgen, daß die gewonnene Kohle Absatz findet, denn sonst darf nicht erwartet werden, daß die Ueberarbeit fortgesetzt werden kann. Das wird zu einem unmöglichen Verlangen bei längerer Fortdauer dieser Absatzkrise. Sie mildern zu helfen, ist nicht nur eine Aufgabe der Grubenunternehmungen, sondern auch der verbrauchenden Industrie, indem sie sich mit ihren Warenpreisen so einstellt, daß sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist und auch der deutschen Arbeiter- und Beamtenschaft Anschaffungen ermöglicht werden.

Bei einer Lösung des Reparationsproblems und der zu erwartenden wirtschaftlichen Belebung, wenn sie auch nur gering sein sollte, wird sich recht bald erweisen, daß keine Ueberproduktion an Kohle in Deutschland besteht und die momentane Absatzkrise im Bergbau nur ein Ausdruck der Anormalität der wirtschaftlichen Verhältnisse ist.

## Die III. gegen die II. Internationale

Von Akakij Kusnezow

Der Vorsitzende der III. Internationale, Sinowjew, hat die Losung ausgegeben, daß die ausländischen Kommunisten in die II. Internationale eintreten sollten, um deren Front von innen her auszuhöhlen. Um diese raffinierte Taktik seinen Zuhörern verständlich zu machen, argumentierte er folgendermaßen:

„Es ist nicht nötig, in dieser Maßnahme irgendeinen prinzipiellen Wechsel der Ansichten zu sehen. Sie bedeutet nur eine Reinigung der taktischen Waffe, die vorgenommen werden mußte, weil die Losung der sozialen Weltrevolution unter den ausländischen Arbeitern keine Popularität besitzt. Wir schlagen jetzt vor, den deutschen Arbeitern folgendes zu sagen: Ihr wollt nicht Kommunisten sein. Ihr sagt, daß der Kommunismus der Bürgerkrieg sei. Schlagt ein, wollen wir uns auf die Bildung einer Arbeiterregierung einigen. Mögen in ihr Kommunisten, Sozialdemokraten und auch christliche Arbeiter vertreten sein. Wir stellen hierzu nur drei Forderungen: 1. Entwaffnung der Bourgeoisie und der Weißgardisten, das versteht jeder Arbeiter. 2. Bewaffnung der Arbeiter, weil man sich doch verteidigen muß. 3. Vorschlag an die Arbeiter, daß die Steuern von den Reichen gezahlt werden müssen. Welch ein Arbeiterherz wird nicht solchen Anträgen zustimmen? Wir schlagen weder eine Sowjet-Regierung noch die Diktatur des Proletariats vor, sondern nur die Arbeiter zu bewaffnen und die Bourgeoisie zu entwaffnen und die Steuern von den Reichen zahlen zu lassen. Seid ihr einverstanden meine Herren Sozialdemokraten oder nicht? Was entstehen wird, ist klar. Vor allem wird die Sozialdemokratische Partei zerfallen. Die Führer werden schreien: ‚Perfide Bolschewisten‘. Im Kriege geht es aber kriegerisch zu, und eine solche Handlungsweise nennt man ein Manöver, und nur solch ein Manöver ist gut, das die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie auf den Rücken hinstreckt.“

Mit diesen Vorschlägen, die die festgefahrene Weltrevolution wieder flott machen soll, stimmt auch die Resolution überein, die von dem Gewerkschaftskongreß der III. Internationale (Profintern) angenommen wurde und die laut der offiziellen bolschewistischen Zeitung „Isw.“ sich an das Proletariat der baltischen Staaten wendet. Es heißt dort unter anderem:

„Arbeiter aller Länder! Nur dank der Macht des Weltkapitals und mit Unterstützung der Nationalverräter eurer Länder können sich diese im Innern faulen, angeblich selbständigen Staatsgebilde halten, die den Stützpunkt der Weltrevolution, die Sowjet-Macht, von dem gegenwärtigen Herde der europäischen Revolution Deutschland absperrten. Die Bourgeoisie eurer Länder braucht diese sogenannten demokratischen Republiken als Kettenhunde, um sie im gegebenen Moment auf die Arbeiter und Bauern der S.S.S.R. loszulassen. Während in England angeblich eine Arbeiterregierung am Ruder sitzt und in Frankreich ein demokratischer Linksblock mit Unterstützung der Sozialisten die Geschicke des Landes leitet, während in Dänemark eine sozial-

demokratische Regierung die Macht in Händen hat und in der ganzen Welt die Sozialverräter den Anbruch einer neuen Aera der Demokratie verkünden, wüten die Bourgeoisie-Demokratien in Estland, Lettland, Litauen, Finnland und Polen als gehorsame Vasallen des Weltimperialismus unter den Arbeiterorganisationen ihrer Länder.“

Jetzt haben die Bolschewisten in der Unterhöhnungstaktik noch einen Schritt weiter getan. Die russischen Gewerkschaften suchen auch in die II. Internationale einzudringen. Anfang Juni 1924 hatte in Wien der Kongreß der II. Internationale den Beschluß gefaßt, den russischen Gewerkschaften den Eintritt freizustellen, wenn sie das Statut und die Bedingungen der II. Internationale annähmen. Hierauf haben die Führer der russischen Gewerkschaften, Tomski und Dogadow, geantwortet, daß sie zwar die Bedingungen der II. Internationale ablehnen müßten, trotzdem aber vorschlugen, eine Aussprache zu veranstalten. Zu welchem Zweck diese Aussprache angeragt wird, darüber geben einige Bemerkungen auf der vorhin schon erwähnten Moskauer Tagung der kommunistischen Gewerkschaften Aufschluß. Losowski bemerkte nach der „Prawda“ vom 20. Juli, daß „unsere Taktik darauf abzielt, die Amsterdamer Internationale zu liquidieren“. Tomski führte diesen Gedanken weiter aus, indem er laut „Prawda“ vom 22. Juli erklärte:

„Zurzeit besteht das Vollzugskomitee der Amsterdamer Internationale aus vier rechten, vier linken Mitgliedern und einem schwankenden. Falls die Linken mit uns gingen, d. h., wenn es uns gelänge, sie abzureißen und hinter uns herzuführen, so würde das keinen geringen Sieg bedeuten.“

Wie zielbewußt die Arbeiter der III. Internationale auf die Weltrevolution hinsteuern, zeigt auch die Meldung der offiziellen „Isw.“, daß auf der letzten Sitzung vom 25. Juli beschlossen ist, für den August den in den verschiedenen Staaten inhaftierten Revolutionskämpfern folgende Subsidien zu zahlen:

„Deutschland 15 000 Dollar, Bulgarien 6000, Italien 300, Litauen 300, Estland 75, Lettland 150, Rumänien 500, Südslawien 250, Oesterreich und Ungarn 100. In Anbetracht der Zunahme der Repressalien in Polen wurde die Summe von 4000 auf 8000 Dollar erhöht. Aus den gleichen Gründen ist nach Südslawien eine ergänzende Unterstützung von 1000 Dollar gesandt worden. Für Spanien wurden 500 Dollar ausgeworfen. Auch die von Europa aufgenommenen wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjet-Rußland müssen letzten Endes dazu dienen, die Propaganda für Weltrevolution zu fördern. Wie die „Prager Presse“ meldet, legt die Sowjet-Regierung besonderes Gewicht auf die Propaganda unter den ausländischen Matrosen, die die Schwarzemeehäfen, Odessa, Batum und Noworossisk besuchen. In Odessa z. B. besteht ein spezieller Klub für die Interessen der ausländischen Matrosen. Im letzten Halbjahr erstreckte sich die Tätigkeit dieses Klubs auf die Matrosen von 90 ausländischen Schiffen — von ihnen waren 30 englische, 27 deutsche, 25 italienische usw. In dieser Zeit fanden 61 Versammlungen statt, an denen 5354 ausländische Matrosen teilnahmen. Der Klub verfügt über eine internationale Bibliothek, ein Restaurant, einen Konzert- und Tanzsaal. Es werden auch Exkursionen und Sprachstunden erteilt, vor allem aber wird kommunistische Propaganda getrieben. Der Klub gibt auch Flugblätter heraus, von denen bisher 130 (28 in deutscher Sprache, 25 in englischer und 77 in italienischer Sprache) erschienen sind.“

Jedoch nicht nur die Führer der III. Internationale sind leidenschaftlich bestrebt, die Propaganda für die Weltrevolution nicht einschlafen zu lassen. Auch der Kriegskommissar Trotzki rührt nach seiner Rückkehr aus der Verbannung unaufhörlich die Kriegstrommel. Wie erinnerlich, sprach er kürzlich anlässlich der Stiftung eines Flugzeuges

durch lettische Kommunisten die Hoffnung aus, daß „es dem roten Flieger in nicht allzu ferner Zeit gelingen möge, die rote Fahne wieder über einer Stadt zu zeigen (Riga), die ich Ihnen aus diplomatischen Gründen nicht beim Namen nennen kann“. Kurze Zeit darauf überreichte der Führer der tschecho-slowakischen Kommunisten Schmalzer bei einer von Trotzki abgenommenen Parade einem roten Regiment einen Ehrensäbel, mit dem es sich „den Weg nach Prag bahnen“ solle.

Wie man sieht, die III. Internationale und das Volkskommissariat für Krieg wetteifern miteinander in der Propaganda für die Weltrevolution. Europa scheint aber davon nichts zu sehen, sondern träumt nur davon, wie es mit Rußland gute Geschäfte machen kann. Diesen Handelsgeist nutzt die rote Diplomatie aus, indem sie einen Staat gegen den andern ausspielt. Aus den von mir reichlich angeführten Zitaten ist zu ersehen, daß in Sowjet-Rußland augenblicklich mehr als je der Gedanke der Weltrevolution die treibende Kraft darstellt. Es wäre endlich an der Zeit, daß der Bolschewismus auch von der Arbeiterschaft als der größte Feind der Sozialdemokratie erkannt wird, weil er, wie Kautsky schon festgestellt hat, einen Rückfall der Arbeiterbewegung in den Putschismus Bakunins darstellt.

## Der Zerfall Oesterreichs

Von Hermann Wendel

Von Viktor Bibls Werk „Der Zerfall Oesterreichs“ (Rikola-Verlag, Wien), dessen erster Band auf diesen Blättern (Die Glocke, VIII, 45. 5. 2. 23) ausführlich gewürdigt wurde, liegt jetzt der abschließende zweite Teil vor. Wurde dort „Kaiser Franz und sein Erbe“ behandelt, so reicht dieses Buch „Von Revolution zu Revolution“, nämlich von 1848 bis 1918. Die Vorzüge des ersten Bandes eignen auch dem zweiten: leichter Fluß der Darstellung, lebendige Dokumentierung aus neu erschlossenen Akten oder bereits bekannten Druckschriften, vorurteilslose Betrachtung des sozusagen angestammten Herrscherhauses. Aber wenn dem ersten Teil nachgesagt wurde, daß er allzusehr im Persönlichen die Quellen des Historischen sehe, so leidet der zweite an dem gleichen Fehler. Die soziale Spannung etwa, die sich in der Märzrevolution entlud, entgeht Bibl durchaus nicht, aber seltsam genug bezeichnet er dennoch den Gegensatz zwischen dem Staatskanzler Metternich und dem Minister des Innern Kolowrat als „die Hauptursache der Revolution“. Mit Recht gilt ihm die Nationalitätenfrage als der wundeste Punkt des Habsburgerreichs, als Oesterreichs eigentliches Problem, und sehr gut rückt er den sich schlau dünkenden Stumpfsinn der Herrschenden angesichts dieser Frage ins Helle: in einem offiziellen Artikel der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ stand am 12. Dezember 1838 zu lesen, daß Oesterreich die Aufgabe, die „heterogensten Bestandteile zu einem Ganzen auszubilden“, in „großartiger und liberaler“ Weise „glänzend“ gelöst habe, und der „gute Kaiser“ Franz bekannte mit zufriedenen Lächeln: „Meine Völker sind eines dem andern fremd — um so besser. Ich schicke Ungarn nach Italien und Italiener nach Ungarn. Aus ihrer Antipathie entsteht die Ordnung und aus ihrem wechselseitigen Haß der allgemeine Friede.“

Aber wo es gilt, sich in die Geistesverfassung der nichtdeutschen Nationalitäten zu versenken, versagt Bibl, zum Teil deshalb, weil er die literarischen Ergüsse ihrer ringenden Seele nicht aus erster Hand zu schöpfen vermag. So urteilt er schon über die Rolle der Tschechen im Jahre 1848 sehr einseitig, denn in ihrem föderalistischen Glaubensbekenntnis steckte nicht Herrschsucht, sondern Friedensliebe eines unterdrückten Volkes; die Herrschsucht war, wie namentlich Redlich in seinem

klassischen Werk über „Das österreichische Staats- und Reichsproblem“ darlegt, damals und bis 1918 durchaus bei den Deutschen, denen die Nationalitätenfrage eine reine Machtfrage blieb, während gerade die politische Ideologie der Tschechen im Revolutionsjahr auf den besten, den allmenschlichsten Ueberlieferungen der klassischen deutschen Dichtung und Philosophie fußte. Noch unverdient schlechter kommen die Südslawen fort. Von dem serbischen Sprachreformer Vuk Stefanovic Karadžic weiß Bibl zu berichten:

Im Jahre 1826 begründete Karadžic die „Matica Srbska“, ... die sich die Pflege des serbischen Volkstums zur Aufgabe stellte. Vuk Karadžic, der eigentliche Begründer der neuserbischen Sprache und Literatur, verstand es durch seine Werke, eine übertrieben hohe, bis zum Größenwahn sich steigende Meinung von der großen Vergangenheit und der glänzenden Zukunft des Serbenvolkes zu erwecken. Nach seiner „geschichtlichen“ Darstellung hatten die Serben, das „größte Volk des Planeten“, eine alte Kultur von fünftausend Jahren hinter sich, in deren Rahmen die ganze Welthistorie sich abspielte. So war Jesus Christus gleich seinen Aposteln ein Serbe.

Daß in Wahrheit Vuk mit der Gründung der „Matica Srbska“ nicht mehr zu tun hatte als Viktor Bibl, ist für einen sorgsam Historiker ein peinlicher, doch nicht tragischer Irrtum. Aber starker Tabak ist die Behauptung von Vuks Phantasien über die Vergangenheit des Serbenvolkes. Zwar hat unlängst ein „Wissenschaftler“ aus der Schule des Dr. med. h. c. Ludendorff-Lindström namens Franz v. Wendrin dargetan, daß die letzten sechzigtausend Jahre Weltgeschichte einzig und überhaupt von der — Heil! — germanischen Kultur angefüllt sind, und schon vor der großen Verwirrung der Geister hat ein „deutschvölkischer“ Heldenentor wie Max Beyer Jesum Christum als blondlockigen Arier und blauäugigen Rasse-Germanen vorgeführt, aber Vuk Karadžic, als ernster Gelehrter von Goethe, Jakob Grimm und Alexander v. Humboldt geschätzt, ein wertvoller Mitarbeiter Rankes, hat nie und nirgends den Blödsinn von sich gegeben, den Bibl ihm zuschreibt! Diese Kritiklosigkeit läßt vermuten, über welch trübe Quellen sich der o. ö. Professor für Geschichte an der Universität Wien bei Betrachtung der Südslawenfrage gebeugt hat. In der Tat nennt er als Gewährsmänner jenen k. k. Kroaten Pilar, der noch 1918 unter dem Decknamen Südländ an der Hand verstaubter Scharteken und verrückter Rassetheorien einem habsburgischen Trialismus zugunsten eines Großkroatien mit der Spitze gegen die Serben das Wort redete, und jenen — auch k. k. — Leopold Mandl, der in diese Zeitschrift (Die Glocke, IX, 4. 23. 4. 23) als frecher Dokumentenfälscher seine wohlverdiente Stäupung erhielt, ohne daß er zu mucken gewagt hätte.

Noch mehr wird Bibl, je näher er der Gegenwart kommt, der Blick durch die Tatsache beengt, daß er als Großdeutscher schwarz-weiß-roter Färbung die auswärtige Politik des Ballplatzes, namentlich im Juli 1914, nicht tadeln kann, ohne die geliebte Wilhelmstraße und die angebeteten Wilhelmner zu treffen. So heißt er wohl die agrarische Schutzzollpolitik Oesterreich-Ungarns gegen Serbien wahnwitzig und zerstört die Legende, daß der Paralytiker Franz Ferdinand durch seine Thronbesteigung ein Erlöser der Völker auf dem Wege des Trialismus geworden wäre. Aber für den „Uebermut der Serben“ im Balkankrieg von 1912 führt er ausgerechnet die Affäre Prohaska an, die in Wirklichkeit gar nicht existierte, sondern eine bübische Erfindung Wiener Schmocks zum Zweck der Kriegshetze war und bei der die Serben nichts als die passive Rolle des Verleumdeten spielten; über das Attentat von Sarajevo schreibt er, als sei das Lügen-Memorandum der k. und k. Regierung vom Juli 1914 das letzte Wort dieser Angelegenheit; in dem

Verbrecherkeller der Wiener Ministerratssitzung vom 7. Juli, die nach Tizas Ausdruck den Krieg gegen Serbien zu „provizieren“ beschloß, wurde für Bibl nur eine unschuldige „diplomatische Aktion“ in Erwägung gezogen, und voller Schmalz und Pathos ruft er aus: „Niemand wird ein unparteiischer Aräopag der Weltgeschichte jene Männer verurteilen dürfen, die in der Schicksalsstunde der alten Monarchie, da durch die Ermordung des Thronfolgers das Signal zu ihrer Zerstörung gegeben schien, das Aeußerste wagten, um den tödlichen Streich abzuwehren“. Aber von „jenen Männern“, den Berchtold und Konsorten, gilt Grillparzers Zornwort in Metternichs Tagen: „Die Rotte, die uns regiert, ist von einer Schlechtigkeit, die höchstens in ihrer Dummheit einige Entschuldigung findet“, auf ihre frevle Brandstiftung durch das Ultimatum paßt des Grafen Mensdorff Meinung über den Kriegsbeschluß des österreichischen Kabinetts von 1866: „Nie wurde von ersten Männern eine Frage von so großer Tragweite mit mehr Leichtfertigkeit behandelt“, und immer noch war Oesterreich, wie es Moritz Hartmanns Dichterblick einst sah, „ein Sklavenschiff, beladen mit unglücklichen Völkern“, die nur befreit werden konnten, wenn es an einem Felsenriff scheiterte.

Daß Bibl nicht fähig oder nicht willens ist, das alles zu sehen oder zu sagen, belastet sein sonst nicht wertloses Buch mit einer nicht zu tilgenden Hypothek.

## Die schimpfende Wissenschaft

(Ein Nachwort zum Fall Spengler)

Von Erich Kuttner

Ein heller Sachse, Theodor Schulze geheißten und seines Zeichens Schriftleiter der „Dresdener Neuesten“, stellt sich heldenmütig vor Herrn Oswald Spengler, der nach seiner hier vollzogenen Entlarvung als Verleumder den schweigenden Olympier markiert.

Freilich: „die Zither ist entzwei, an der ist nichts zu halten“, — die Spenglersche Schrift „Neubau des Deutschen Reiches“ muß selbst der treue Knappe Schulze preisgeben, indem er für die deutschen Worte Lüge und Schwindel die wohlklingenderen Fremdworte „individuelle Art“, „Subjektivismus“, „durchgehendes Temperament“ usw. bildet. Na schön. Um über Ausdrücke zu streiten, sind Zeit und Raum zu kostbar.

Da aber die Mohrenwäsche der Spenglerschen Schrift selbst dem stellvertretenden Sportredakteur Schulze aussichtslos erscheint, versucht er es in der seit jeher beliebten Art der Winkeladvokaten, die Sache „auf ein anderes Geleise zu schieben“. Der Sachverhalt ist so prachtvoll einfach: Oswald Spengler soll seine ehrabschneiderischen Behauptungen gegen nur unbestimmt bezeichnete Personen so spezialisieren, daß sie sich nachprüfen lassen, und er tut es nicht. Viel zu einfach für einen Winkelanten! Deshalb unterschiebt mir Herr Schulze rasch einen finsternen Plan: um den unbequemen Wissenschaftler Oswald Spengler, der Marx zu verfinstern drohe, an dem ich aber anders nicht herankönne, zu erledigen, packe ich ihn bei einer schwachen Stelle, einer politischen Streitschrift. ... Das zeige nur, wie man den Wissenschaftler Spengler fürchte, aber das sei die Art der Pygmäen, große Männer zu bekämpfen usw. usw.

Ach nein, die Sache liegt gerade umgekehrt: mein Angriff richtete sich allein gegen den Politiker Spengler. Den Wissenschaftler Spengler liebe ich in Frieden weiter dicke Bücher schreiben, wenn er dafür die Politik in Frieden liebe. Aber dieses Exempel zu statuieren war notwendig, weil — so paradox dies zunächst klingt — seit Jahr und

Tag das geistige Niveau unserer politischen Auseinandersetzungen durch nichts tiefer herabgedrückt wird als durch die Einbrüche gewisser Repräsentanten der Wissenschaft.

Man klagt heute allgemein über die Verflachung des politischen Kampfes, über den Rüpelton, der feiner organisierten Naturen eine Beteiligung am politischen Leben ganz unmöglich mache, natürlich immer mit dem ausgesprochenen oder stillschweigenden Hinweis auf die Berufspolitiker als die Schuldigen.

Nun will ich gar nicht leugnen, daß in gewissen extremen Parteien wie der völkischen und der kommunistischen die politischen Führer gleichzeitig Propagandisten des ekelhaftesten Knotentums sind. Um so mehr aber dürfte man erwarten und verlangen, daß die gepriesene, wegen ihrer Objektivität sich selbst Tag und Nacht beweihräuchernde deutsche Wissenschaft, sobald sie in die politische Arena herabsteigt, ein Beispiel vornehmer Kampfweise, sachlicher Argumentation, ästhetischer Streitformen bieten würde.

Weit gefehlt! Gerade sogenannte „Männer des Wissens“ sehen ihren Stolz darin, sobald sie den Lehrsaal mit dem Versammlungssaal tauschen, sich als rohe Polterer aufzuspielen die ihre Unbildung mit jedem Wort, jeder Geste herausschreien. Jawohl Unbildung! Denn, wie mancher politisch vorzügliche Kopf die Anfangsgründe der Physik nicht beherrscht, so kann ein mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Physiker (wie z. B. Professor Lenard) in rein politischer Fassungsgabe unter jedem Droschkenkutscher stehen. Und doch bilden sich diese Männer ein, sie könnten mit ein paar zusammenhangslos aufgeschnappten Zeitungsphrasen sich als Politiker aufspielen. Sie ahnen nicht einmal, wie jeder Satz, den sie als „Politiker“ sprechen, verrät, daß ihnen die Grundbegriffe der Sache fehlen, über die sie andere belehren wollen. Irgendein persönlicher Tratsch über Ebert wird ihnen politisches Fundamentaleignis, jede agitatorische Geschichtsumfälschung, die ihnen in den Kram paßt, nehmen sie als bare Münze und unterscheiden sich von den Demagogen, denen sie nachbeten, meist nur dadurch, daß diese wenigstens den Prozentsatz an Lüge einigermaßen kennen, der in ihrer Darstellung ist, während die professorale Naivität von der hundertprozentigen Wahrheit des raffinierten Mischmaschs fest durchdrungen ist. Männer, die in ihrem Wissensgebiet führend sind, ermangeln in der Politik so sehr des Blickes für das Wesentliche, daß ihnen die Perfidie gegen einzelne Personen als der hauptsächlichste Inhalt des politischen Kampfes erscheint.

Ist es nicht auffällig, daß ein Universitätsprofessor wie Herr v. Freytag-Loringhoven nacheinander wegen pöbelhafter Schimpfereien, dann wegen Verleumdung verurteilt wird, gleich darauf wieder verleumdet, ohne daß die deutsche Wissenschaft sich diesen — nicht einmal wissenschaftlich vollwertigen — Vertreter abwinmelt? Doch sie läßt sich widerspruchslos bald durch die Paroxysmen eines Lenard, bald durch die Bierbankphrasen eines Roethe vor allen politisch ernsthaft Denkenden blamieren. Und in diesem Bild ist der Fall Spengler nur ein Ausschnitt.

Ich denke gar nicht daran, dem Wissenschaftler Spengler ans Leder zu wollen. Selbst wenn Spengler in allem unrecht hat, was er als Wissenschaftler behauptet, so gehört er zu denen, die zu Nachdenken und Selbstkritik zwingen. Schon das ist eine Leistung. Sie sei ihm unbestritten.

Aber muß ein solcher Mann, wenn ihn das Gelüsten treibt, in die aktive Politik einzugreifen, dann verfahren, wie das niederste und elendeste Gesindel, das sich marodierend auf den politischen Kampfplätzen herumtreibt? Es ist eine alte Kunst, Verleumdungen zu verbreiten, ohne daß man gefaßt werden kann, indem man die Verleumdeten nicht bei Namen nennt, aber doch durch Andeutungen soweit bezeichnet, daß jeder ungefähr weiß, wer gemeint ist. Nur war das eine Kunst, die der anstän-

dige Politiker und Journalist zu allen Zeiten verabscheute und den Preßbanditen und Revolverjournalisten überließ. Ist es nun wirklich — frage ich — eine Bereicherung des politischen Lebens, eine Hebung des geistigen Niveaus, wenn Wissenschaftler als Hetzdemagogen und Preßbanditen in die politische Arena einbrechen?!

Ich schreibe diese Zeilen nicht, weil ich etwa die Vertreter der Wissenschaft aus der Politik verschrecken möchte. Im Gegenteil! Ich bitte sie nur, sich so zu benehmen, daß sie nicht die anständigen Menschen aus der Politik verschrecken.

## Romain Rolland

Von Kurt Offenburg.

„Nicht der Erfolg,  
der Glaube war sein Ziel.“

Bis zum Ueberdruß oft ist es gesagt worden, daß in der Persönlichkeit Romain Rollands Ethos und Dichtung nicht zu trennen sind. Die Seele dieses Mannes war schon in der Kindheit so erfüllt von der Sehnsucht nach dem Großen und Moralischen, daß das edle und erhabene Sein gleichsam die Sphäre — wenn nicht der Ursprung — von Rollands Schaffen geworden ist. Diese Einstellung hebt diesen Franzosen aus der Reihe der großen Romanciere Frankreichs. Alle anderen: Balzac, Flaubert, Maupassant, Zola, France wollen das Typische, das Allgemeingültige gestalten; selbst der Einzelfall wird ins gesetzlich Gebundene, in das einfache Leben, so bindend wie möglich eingeordnet. Dagegen ist jeder Held in Rollands Büchern, mag er noch so schlichter Bürger sein, ein aus der Reihe herausgehobener Mensch. Etwas vom Glorienschein des Genies umschwebt sie alle: nicht nur die Michelangelo, Beethoven, Tolstoi, Johann Christof, sondern auch den weinfreudigen burgundischen Bildschnitzer Colas Breugnon, den Pazifisten Clérambault und die herbe Annette.

Rollands Ethik greift tief in sein Werk ein. Sein großes Vorbild Tolstoi war ein Prediger in der Wüste; auch Michelangelo's Leben war ein Kampf gegen das Gemeine; aber die Menschen ihrer Werke haben nicht recht und nicht unrecht. Sie sind schicksalhaft getriebene. Das Leben an sich ist böse, führt zum tragischen Niedergang.

In Rollands Werk jedoch ist nichts von dieser fatalistischen Verzweiflung. Dieser Optimist mischt seine Hoffnungen, Träume, Wertungen in seine Gestalten ein. Wo er auch anfängt, sein Weg führt immer ins Moralische, ins Erhabene.

Zur Gestaltung reizt ihn, besonders in dem ersten Jahrzehnt seiner Arbeit, in den Dramen, die er in Italien konzipiert hat: die ideale Idee als Führer einer Gesamtheit oder der einzelne als Träger einer ewigen Aufgabe. Das Glaubensideal der Vorstellung geht mit in die Gestaltung ein. Die Diktion der Werke erhält ein Pathos, das trotz allem psychologischen Wahrheitsfanatismus die Figuren erhöht und manchmal fern rückt.

Betrachtet man Rollands Bildnis, so begreift man erst, in seiner letzten Verborgenheit diesen friedlichsten aller Helden; diesen Menschen der reinen Gerechtigkeit, dessen Wesen ohne gefährliche und niedrige Wallungen zu sein scheint. Aber der Dichter muß alles als Möglichkeit in sich haben: die Reinheit des Kindes und die Verworfenheit des Verbrechers, denn nur dann bekommen auch die negativen Figuren ihre absolute Wahrheit, die tragische Notwendigkeit, das schreckliche Muß des dumpfen Instinktes. Bei Rolland ist das menschlich Niedrige, so realistisch es sein mag, immer ein wenig leer und leicht, wie der Streit der

Schwestern in „Annette und Sylvia“ (dem ersten Band eines neuen Werkes „Verzauberte Seelen“), der furchtbare Tiefen aufrisse, wenn Rollands reine Seele sie zu erblicken instande wäre.

In „Johann Christof“, diesem bluthaftesten aller Werke Rollands, und in „Meister Breugnon“ wird von der großen Konzeption der Hauptgestalt, von dem Wissen, den Qualen und Freuden des künstlerischen Schaffens das ganze Buch erfüllt und durchströmt. Nicht nur Olivier (in „Johann Christof“) trägt die sensiblen Züge Rollands, auch in Christof, dem aus Kraft und Empfindsamkeit geformten Genie, sind die vitalsten Erlebnisse Romain Rollands. — Die leidenschaftliche ethisch-politische Einstellung Rollands wird in diesen beiden Werken, gerade weil sie so verwebt ist mit dem Schicksal des großen Menschen, am stärksten wirksam.

Man muß das Leben dieses Mannes kennen, um seine dichterische Entwicklung und seine Stellungnahme zu den Geschehnissen zu verstehen. — Wir schrieben das Schicksalsjahr 1914. In Paris, der europäischsten Stadt Europas, lebte unfern des Boulevard Montparnasse im Zentrum des Getriebes der Millionenstadt, einsam seiner Arbeit hingegeben, Romain Rolland; jahrzehntelang, in puritanischer Einfachheit. Jahre der Arbeit lagen hinter ihm, ungekannt und unverstanden; die Arbeiten nur veröffentlicht in einer wenig bekannten Zeitschrift, den „Cahiers de la Quinzaine“; verehrt von einer kleinen Gemeinde. Das große Pariser literarische Publikum vergnügte sich in der Comédie française mit geistreichen Lustspielautoren, bei denen die Ehe und der dazugehörige Ehebruch der guten Gesellschaft Sinnenkitzel und Literaturbedürfnis stillte. Rollands Lebenswerk „Johann Christof“ war bereits in den „Cahiers de la Quinzaine“ erschienen, und was der Dichter mit prophetischem Schauen gefürchtet hatte und in diesem Roman beschwören wollte, brach über Europa herein. Und in diesem Augenblick trat die Entscheidung an Romain Rolland heran, zu wählen zwischen nationalem Haßgesang und der damit verbundenen Position eines gefeierten Dichters seines Volkes, oder Treue an seinem Werk und damit Verlassenheit als Flüchtling im Ausland.

Wie in den Werken so ist auch in Rollands politischer Einstellung die gleiche merkwürdige Nähe und Ferne zum Leben. Er ist radikal bis zur Selbstaufopferung; die Idee der Gerechtigkeit erfüllt sein Leben. In den „Wölfen“, dem Drama, das die Dreyfus-Affäre inspiriert hat, unterliegt die Wahrheit und ist für Rolland doch nicht besiegt. Ob das Gute, die Gerechtigkeit sich durchsetzt oder nicht, das beweist nichts. Eher beweist der Erfolg, daß die Idee getrübt ist.

Rolland hat während des Krieges seinen jungen, endlich errungenen Ruhm aufs Spiel gesetzt, um gegen Europa die Idee der Menschlichkeit zu verteidigen. Das Frankreich des Chauvinismus hat ihn ausgestoßen, und doch, wenn heute die Demokratie siegte gegen den Militarismus, — wer weiß, ob Rolland sich identifizierte mit der Idee, die in ihrer Verkörperung etwas von ihrer absoluten Vollendung einbüßen müßte.

Einmal müßte die Idee der Gerechtigkeit in Rollands Sinn zur Wirklichkeit werden, wenn es eine moralische Entwicklung des Lebens gäbe. Noch sind keine Zeichen dieses ersehnten „tausendjährigen Reiches“ spürbar. Aber er behält schon in unserer gegenwärtigen, trüben Welt recht, indem er mit dem reinen Atem seines Seins, seiner Idee die Menschen umhüllt, die sich ihm, seinem Werk nähern. Was von dieser Wirkung ins Leben zurück strömt, ist der Wesenhaftigkeit, der suggestiven Wahrhaftigkeit von Rollands Idealismus zu danken.

# RANDBEMERKUNGEN

## Die Hand an die Gurgel der D.N.V.

Jetzt ist die Stunde gekommen, da den Deutschnationalen die Hand an die Gurgel gelegt werden muß. Sie demonstrieren: Keine Zustimmung zu London. Sie wollen dennoch zustimmen. Man soll ihnen solche Zustimmung so schwer wie irgend möglich machen. Die Reichsregierung wird umgekehrt verfahren. Volksparteiliches Ellbogengefühl wird Schonung gebieten. Marx und Stresemann werden den Hergt und Westarp das Londoner Kompromiß verzuckern, werden den Theaterrebellen fettes Zollgeschäft anbieten und ihnen eines verboruften Preußens süßen Geruch vorgaukeln. Werden sie das wirklich tun? Politische Köpfe würden die umgekehrte Taktik für richtig halten. Jetzt heißt es, kann es nur heißen: die Deutschnationalen auf die Knie zwingen. Diese armen Hascherl müssen tun, was Regierung und Regierungsparteien von ihnen verlangen. Wer glaubt ernsthaft, daß die vom Spaltpilz betalenen Hergtner (oder gibt es das gar nicht mehr?) einen Wahlkampf riskieren? Was könnten sie gewinnen? Einige Abspaltungen der demolierten Völkischen. Werden ihnen gönnt. Was müssen sie verlieren? Alle Mitläufer und Stämmlinge, die nicht dumm genug sind, zu glauben, daß es irgendeiner deutschen Vertretung möglich sein würde, in einem neuen London oder sonstwie für Deutschland günstigere Bedingungen zu erzielen. Solche Illusionisten mag es geben; sie zählen nicht. Wer Weltblick hat, weiß, daß das Londoner Kompromiß — so wenig es uns immer gefallen mag — heut und morgen ein Maximum dessen ist, was Deutschland gegenüber dem Weltkapitalismus und dessen staatlichen Machtorganisationen zu erreichen vermag. Ablehnung wäre Selbstmord. Wenn schon Herr Hergt stolz in den Abgrund springen will; seine Wähler werden sich dafür be-

danken. Also: was hat Herr Hergt zu bieten, was hat er hinter sich? Einen Dreck, ein Nichts! Darum, weil er tun muß, was die Stunde gebietet, bedarf es keiner Liebkosung, keiner geheimen Abmachungen, keiner Verheißungen. Nie waren die sogenannten Nationalen schwächer, nie in einer fataleren Lage; jetzt gibt es ihnen gegenüber nur mitleidlosen Griff an die Gurgel. R. Br.

\* \* \*

Wir haben in diesen Blättern wiederholt betont, die Sozialdemokratie werde für das Dawes-Gutachten nicht stimmen, um hinterher der Bildung des Bürgerblocks hilflos lächelnd zuzusehen. Was sie im Reichstag verweigert, wird sie auch nicht außerhalb des Reichstags machen. Volksabstimmung für Dawes-Gesetze und Fortbestand des Reichstag vom 4. Mai hieße ja auch: Annahme der Gesetze mit Hilfe der Sozialdemokratie und dann Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie. Und Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie heißt Kampf gegen die Republik, heißt Abwälzung der Lasten auf die Arbeiter, heißt Nichtratifizierung des Washingtoner Abkommens, heißt Agrarzölle, heißt bestenfalls schwankende Außenpolitik und damit Auferstehung Poincarés.

Und wie bequem ist diese neueste Methode für die Deutschnationalen! Nachdem sie draußen gegen das „zweite Versailles“ und seine Unterzeichner gewettert haben, sinken sie ihnen im Parlament gerührt in die Arme. Wahrlich, gelingt dieses Verfahren, so hat der Parteivor-sitzende, der gegenwärtig die Geschäfte des Auswärtigen Amtes führt, verzeihende Milde verdient.

Aber wir spielen zu diesem Tanz nicht auf, ihr Herren! Wenn es zur Volksabstimmung kommt, dann für Dawes-Gesetze und Auflösung.

Aber ist nicht Abstimmung und dann Neuwahl ein vermeidbarer Umweg? Warum nicht Volksabstimmung durch Neuwahl?

Der Inhalt der Volksabstimmung, der Inhalt der Neuwahl sind eins. Der Wiederaufstieg Deutschlands und die Reinigung der europäischen Atmosphäre ist nicht nur abhängig von der Annahme, sondern auch von der Durchführung der Dawes-Gesetze, ist abhängig von der Niederwerfung der Reaktion in Deutschland. Wir sind bereit, in einem Waffengang ohne Visier um Deutschlands künftiges Geschick zu kämpfen. Und ihr, ihr Marx und Stresemann und Koch? Ihr auch? H. W.

## Völkischer Parteitag in Weimar

Der Parteitag der Nationalsozialisten und Deutschvölkischen in Weimar hat volle Klarheit über die geringe politische Bedeutung dieser Rechtsradikalen gegeben. Die bekannten putschistischen Absichten, hat Ludendorff, der „Schirmherr“, besser gesagt, das enfant terrible der Partei, offen ausgesprochen: „Wir wollen die Macht im Staat!“ und: „Weisen Sie der nationalistischen deutschen Revolution den Weg, damit dereinst gesagt werden kann: ‚Hier und von dieser Stelle aus beginnt eine neue Epoche der Weltgeschichte!‘“

Glücklicherweise steht hinter diesen großen Worten keine Macht mehr; der Parteitag hat ganz deutlich erwiesen, daß die Partei niemals mehr auch nur bedrohlich werden kann. Denn die finanzielle Zerrüttung der Partei ist nach den offenen Angaben der Parteiführer fast hoffnungslos geworden und der Kampf aller gegen alle um Mandate, Redaktionsposten u. a. Futternäpfe hat Ludendorff zu folgenden pessimistischen Äußerungen veranlaßt:

„Persönlicher Ehrgeiz von Unterführern führte sehr häufig zu einer falschen Einschätzung eigenen Könnens und zu einem Parteibonzenatum, das die Bewegung für persönliche Zwecke ausnützt; dies ist die verwerflichste Erscheinung in unserer Bewegung! Schwächlinge

und Gift scheiden wir am besten möglichst sofort aus!“

Das neue Organisationsstatut, das dem Parteitag aufgezwungen wurde, soll nun die Rettung bringen. Ein unabsetzbares Triumvirat Ludendorff-Hitler-Gräfe mit diktatorischen Vollmachten wird künftig die Landesvorstände bestätigen bzw. absetzen und wird durch einen Reichsausschuß nur „beraten“ werden.

Diese Eisenbartkur muß der totkranken Partei den Rest geben. Denn Ludendorffs Tollputschigkeit wird in Kürze überall Rebellionen gegen seine Befehle und Spaltungen hervorrufen. Man wird sich Ludendorffs Kreaturen nicht als „Führer“ aufzwingen lassen. Bei diesem Stand der Dinge muß der kommende Reichstagswahlkampf den Auflösungsprozeß ungemein beschleunigen.

Die Wahlgelder der Industriellen werden ausbleiben infolge der anti-kapitalistischen Phrasen, die auch in Weimar wieder munter geschwungen wurden und doch keinen Arbeiter mehr täuschen können. Alle Führer und „Unterführer“ werden an erster Stelle der Liste kandidieren wollen, die allein einige Aussichten bietet. Spaltungen, Aufstellung getrennter Listen und Ausscheiden aus dem Parlament — alles naturnotwendige Folgen der inneren Hohlheit dieser „Partei“, die weder durch Organisationsstatute noch durch Begünstigung feiger Brutalitäten, wie im Volkshaus zu Weimar, gerettet werden kann. v. Puttkamer.

## ... Und völkische Erneuerung

Ein wahrhaft klassisches Bild von der Zerrüttung der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ gibt die „Badische Presse“ (Nr. 331) in einem Bericht über den badischen Parteitag der „Völkischen“ in Freiburg am 9. August:

„Reichstagsabgeordneter Mergenthaler (Stuttgart) überbrachte Grüße von General Ludendorff. Dieser habe ihn beauf-

trägt, zur Schlichtung der Streitigkeiten in der badischen Parteibewegung beizutragen. Um dieses Ziel zu erreichen, habe man in der Ausschußsitzung den Beschluß gefaßt, es hätten sämtliche Parteivorstände ihre Aemter niederzulegen. Desgleichen seien sämtliche Ausschließungen aus der Partei rückgängig gemacht worden.

Bei der Aussprache kam es zu lebhaften, mitunter sogar zu stürmischen Unterbrechungen und Auseinandersetzungen. Berlinger (Karlsruhe), der jedes Zusammengehen mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei ablehnte, entfesselte den Widerspruch des Abg. Ahlemann, der in dieser Ablehnung einen feindlichen Anschlag erblickte. Der badische Spitzenkandidat bei den Reichstagswahlen, Dr. Klotz, erklärte, wenn man in Baden die Führung der Partei dem Freimaurertum in die Hände zu spielen sich anschicke, könne von einem einigenden Zusammengehen keine Rede sein. Ein Anhänger von Dr. Klotz führte aus, es hätte eine Clique von Freimaurern und Reaktionären ein verbrecherisches Spiel getrieben, um Dr. Klotz abzusetzen. (Pfeifrufe und Schlußrufe.)

— Vorsitzender Dausser: „Wir lehnen Dr. Klotz ab.“ — Großer Lärm bei den Anhängern von Dr. Klotz und Rufe: „Ist das Disziplin?“ — Abg. Mergenthaler bemerkt nach einem neuen Tumult: „Ich lehne es als deutscher Mann ab, in einer Versammlung zu bleiben, in der es zugeht, wie in einer Kinderschule. So was habe ich noch nie erlebt!“ Bei den Wahlvorschlägen kam es zu neuen Lärmenszenen. Viele schrien gegeneinander, die meisten aufeinander ein. Minutenlang blieb der Vorsitzende machtlos. Nur mit Mühe gelang es, die Wahl der Landesleitung vorzunehmen, deren Vorstandschaft einstweilen nur provisorisch sein soll. Engelhardt, der gegen 12 Stimmen zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde, zog seine Zusage, das Amt anzunehmen, später wieder

zurück. Darauf wurde als 1. Vorsitzender Dr. Müller (Karlsruhe), zu seinem Stellvertreter Roth (Liedolsheim) und Wittmann (Pforzheim) gewählt.

Kommentar überflüssig... P.

#### Die Linke und die Rechte

Im Frühjahr, in der Vorgewitterstimmung der deutschen Reaktion, ein paar Wochen vor dem Deutschen Tag in Halle, ist mir in Paris häufig von Parteigenossen gesagt worden: Daran seid ihr schuld, eure Lauheit, eure Schwäche, euer Schielen nach rechts hat das heraufbeschworen. Ich erwiderte: „Gewiß, wir waren zu sanft, wir haben Fehler gemacht. Aber vergebst nicht, daß Poincaré den deutschen Nationalismus großgezogen hat. Und noch eins: In allen Wahlversammlungen des Linksblocks wird jetzt die Ruhrbesetzung bekämpft, weil sie nur Kosten verursacht und nichts bringt, die Finanzen zerrüttet, die Engländer abstößt, die Deutschen unnachgiebiger macht. Wenn ihr am 11. Mai siegen werdet, werdet ihr noch lernen, wie schwer es ist, der Menge den militärischen Popanz zu nehmen. Ihr werdet nicht am Tage eures Sieges mit klingendem Spiel von der Ruhr abziehen können.“ Man versicherte mir damals, die Franzosen seien stärkere Demokraten als wir, stärker gegen ihre Reaktion.

Nun sind sie auch der Sünde bloß. Und nun nehmen sie und die Welt vielleicht Gelegenheit, die deutsche Sozialdemokratie gerechter zu beurteilen. Denn immerhin drüben ist die Ruhrbesetzung nur eine Prestigefrage, während manche Klage deutscher Nationalisten von uns ehemals so bitter empfunden werden mußte, wie von ihnen. Abwehr des Nationalismus und das Durchsetzen des Vernünftigen und Moralischen war darum für uns so schwierig. Vielleicht aber wird schließlich hüben und drüben aus der Geschichte unserer Schwäche gelernt. H. W.

## B Ü C H E R S C H A U

### Die staatspolitische Bedeutung des richterlichen Rechts zur materiellen Nachprüfung von Gesetzen

Von Dr. Ludwig Bendix, Berlin

Ueber das Recht und die Pflicht des Richters, die materielle Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen zu prüfen, ist viel gesprochen und geschrieben worden. Noch kürzlich ist aus der Kelsenschen Schule in den von Kelsen herausgegebenen Wiener staatswissenschaftlichen Studie als Band V der neuen Folge von Dr. Ludwig Adamovich ein Buch über die Prüfung der Gesetze und Verordnungen durch den österreichischen Verfassungsgerichtshof veröffentlicht worden, das in einem recht brauchbaren ersten Teil über die Geschichte und Dogmatik unserer Frage, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Deutschen Reichs und seines Staatsrechts, wertvolles Material zusammenträgt, was wir zum größten Teil aus der 1918 bereits erschienenen ersten Monographie größeren Stils zur Frage von Friedrich Schack schon kennen\*).

Danach läßt sich feststellen, daß die in den Verfassungen zumeist absichtlich nicht geregelten Frage von hervorragenden Schriftstellern und Gelehrten mit guten Gründen bejaht und verneint wird, auf die im einzelnen hier nicht eingegangen werden soll. Sucht man nach einem Kriterium für die Auswahl unter den Gründen und Gegengründen, und ist man sich klar darüber, daß der Wortlaut der Weimarer Verfassung seiner Bestimmung gemäß jede der beiden sich gegenseitig ausschließenden Ansichten in sich aufzunehmen vermag, so führt eine Bemerkung bei Schack auf den richtigen Weg. Er meint bei Besprechung der Theorien, die noch von dem Gedanken des vorkonstitutionellen Rechts beeinflußt sind, daß in der Ansicht, die Zustim-

mung der Kammer sei nicht wesentlich für den Erlaß eines Gesetzes, auch ein starkes Stück absolutistischer Denkart stecke.

Das Kriterium liegt in der Tat in außerrechtlichen, ethisch-politischen Vorabentscheidungen, die bewußt oder zumeist unbewußt die Stellungnahme zu unserer Frage vorweg bestimmen. In ihnen allein wurzeln letzten Endes die Gründe und Gegengründe für die Bejahung oder Verneinung des materiellen Prüfungsrechts der Gesetze durch den Richter. In der Regel ruht die Verneinung auf der obrigkeitlichen, die Bejahung auf der republikanisch-demokratischen Denkart. Für die erste Ansicht ist es unerträglich, daß die Staatsgewalt in ihren gesetzgeberischen Funktionen einer die Souveränität beeinträchtigenden, richterlichen Kontrolle unterworfen sein soll, für die zweite Ansicht ist gerade diese Unterwerfung selbstverständlich, weil die Souveränität vom Volke ausgeht und ihren eigentlichen Hüter in dem Richter hat, der nur so der wirkliche Vertrauensmann des Volkes wieder werden kann. Freilich läßt die Eigenart des juristischen Denkens durchaus zu, daß die Vertreter der einen Denkart zu den Argumenten der Gegner greifen, um ihren ethisch-politischen Vorabentscheidungen zum Siege zu verhelfen, und umgekehrt. Die hier allein in Frage kommende wissenschaftliche Betrachtung sollte aber nur die letzten maßgebenden Entscheidungsgründe für die entgegengesetzte Stellungnahme zu unserer Frage theoretisch aufdecken, ohne deshalb die eigenartige Wirklichkeit zu verkennen, in der die typischen Vertreter der einen Auffassung aus praktisch-politischen Beweggründen der Argumente der gegnerischen Auffassung sich bedienen, und vice versa. Der Politiker, der glaubt, die Gesetzgebung nach seinem Willen gestalten zu können, will die Ver-

\*) Ueber Literatur und Rechtsprechung bis in die neueste Zeit vergleiche des Verfassers Aufsatz in der „Juristischen Wochenschrift“, 1924, S. 527.



wirklichung seiner politischen Ziele nicht durch das richterliche Prüfungsrecht beeinträchtigen lassen und wird es deshalb verneinen; wer dagegen fürchtet, daß die Gesetzgebung einen ihm nicht erwünschten Weg geht, wird für ihre Kontrolle durch das richterliche Prüfungsrecht eintreten. Dem praktischen Politiker dient es also als Mittel zu politischen Zwecken, seine Stellungnahme wird sich also je nach dem durch die politische Machtverteilung bestimmten Verhältnis dieser beiden ändern.

Für die theoretische Betrachtung aber bleibt das materielle Prüfungsrecht des Richters bei der Verteilung der staatlichen Gewalten immer ein Gegengewicht gegen die Verwaltung und die Gesetzgebung, ist geradezu das Mittel, ihre etwaigen Uebergriffe in die verfassungsmäßigen Schranken zurückzuweisen. Daraus folgt ohne weiteres, daß dieses Mittel einmal den Links-, das andere Mal den Rechtsparteien zugute kommen kann, je nachdem wer in Verwaltung und Gesetzgebung die Uebergriffe begeht, vorausgesetzt freilich, daß wir zuverlässige, verfassungstreue Richter haben, die in gewissem Sinne jedenfalls sich bemühen, über den Parteien ihres, gerade auf dem erörterten Gebiete besonders verantwortungsvollen Amtes zu walten. Wenn freilich diese Voraussetzung auch nicht zutrifft, was angesichts des Hitler-Ludendorff-Prozesses und vieler anderer Prozesse mit Recht bezweifelt werden kann, dann ist trotzdem in dem materiellen Prüfungsrecht des selbst politisch einseitigen und beschränkten Richters in Anbetracht seiner unabhängigeren und objektiveren Stellung immer noch eine gewisse Möglichkeit des Schutzes der Volksrechte und -interessen gegeben gegen die wildgewordene Geheimratsgesetzgebung unserer jüngsten Zeit.

#### *Sven Hedin*

entwickelt sich immer mehr zum Bücherfabrikanten. Neulich schrieb

er ein dickleibiges Buch über die Mount-Everestexpedition — der andern, heute lohnt es ihm 320 Druckseiten, wenn er auf ausgetretenen Pfaden durch die Mongolei autelt oder sieben Tage im Schlafwagen der transsibirischen Bahn verbringt. Dabei immer dicke Unterstreichung seiner Person und der Beachtung, die ihr allenthalben —, sogar ihm, dem Bourgeois, von den Bolschewisten — gezollt wird. (Sven Hedin: Von Peking bis Moskau, Brockhaus-Verlag). Mit diesem Zusatz Eitelkeit könnte man sich noch abfinden, wenn nicht dazwischen immer wieder Exkurse ins Politische kämen, deren Oberflächlichkeit nur durch ihre Arroganz übertroffen wird. Irgendwo belehrt Herr Sven Hedin uns Deutsche über die Verwerflichkeit der Novemberrevolution — er gehört nämlich zu den Gläubigen der Dolchstoßlegende — mit Argumenten, die deutlich zeigen, daß seine Informationsquellen die Schriften des borniertesten Alldeuschturns sind. Seine eigenen schwedischen Landsleute ernten Vorwürfe, weil sie sich nicht genügend am Wettrüsten beteiligen, denn trotz Bolschewismus drohe ihnen die „russische Gefahr“, und Herr Sven Hedin glaubt offenbar, daß bei genügender Rüstung 6 Millionen Schweden gegen 150 Millionen Russen schon einen kleinen Waffengang wagen könnten! Wohltuend wirkt allein, daß Hedin wenigstens dort, wo er Tatsachen aus Rußland berichtet, sich bemüht, zugunsten der Bolschewiki objektiv zu sein, sogar so objektiv, daß er die 3 Millionen Tote des Hungerjahrs 1922 als Bagatelle in der russischen Volksentwicklung ansieht.

Der Brockhaus-Verlag hat die Reiseschriften des deutschen Republikaners Colin Roß verlegt, der mit besserem sozialen Verständnis um sich sieht als Sven Hedin und der vor allem auch als Reisender die Strapazen abgelegener Wege nicht scheut, um Unbekanntes berichten zu können.

*E. K.-r.*

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: Paul Koimetz, Berlin.

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123